6.

Öffentliche
Sitzung
des
Gemeinderates

der
Stadtgemeinde Freistadt
Oberösterreich

Funktionsperiode 2015-2021

Zeit: Montag, 17. Oktober 2016

Ort: Salzhof, Vergeinersaal, Salzgasse 15

Beginn: 18.³⁰ Uhr
(18.³⁰ bis 18.⁵⁰ Uhr Bürgerfragestunde)

Ende: 23.³⁰ Uhr

6. GR-Sitzung vom 17. Oktober 2016

VORSITZ: Vizebürgermeisterin Mag. Paruta-Teufer Elisabeth

ANWESEND:

ÖVP-Fraktion:

Scharizer-Würl Eva
Koller Thomas
Poißl Clemens
Miesenberger Martina
Haunschmied Klaus
Kafka Maria
Hennerbichler Christian, MMag.
Jachs Johanna
Weinzinger Dietmar, Ing. BA
Eder Ulrich
Kada Isabella
Schuh Andreas
Würzl Harald
Heumader Christoph, Dipl. Ing. (FH)

WIFF-Fraktion:

Widmann Rainer, Mag.
Reitbauer Hubert
Pelz Andreas

ENTSCHULDIGT FERNGEBLIEBEN:

ÖVP-Fraktion:

Lackner-Strauss Gabriele, LAbg.
Ziegler Daniel

SPÖ-Fraktion:

Seifried Sonja, Mag. (FH)

ANWESENDE ERSATZMITGLIEDER:

ÖVP-Fraktion:

Pammer Leopoldine
Hutterer Jürgen

GRÜNE-Fraktion:

Balogh Christine

BEFREIT: -x-

UNENTSCULDIGT FERNGEBLIEBEN: -x-

Stadtamtsleiter: Wagner Karl

Stadtamtsleiter-Stv.: Reindl Martin

Schriftführerin: Heinzl Brigitte

SPÖ-Fraktion:

Affenzeller Wolfgang, Mag.med.vet
Gratzl Christian
Atteneder Reinhard
Schönberger Eva Maria
Mühlbachler Manfred
Payrleitner Julian, BEd
Cansiz Ibrahim

FPÖ-Fraktion:

Pum Gerlinde
Pointner Thomas
Winkler Dominik
Mayr Friedrich

GRÜNE-Fraktion:

Elmecker Klaus, DI
Moser Hermine, M.A.
Schaumberger Herbert

FPÖ-Fraktion:

Winkler Patricia

GRÜNE-Fraktion:

Moser Johann, Mag.

SPÖ-Fraktion:

Birklbauer Ludwig

Die Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten 120, 121, 123-125, 127,128, 130-133, 144, 146-148, 150-152 standen den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern zur Vorbereitung der Sitzung per Intranet im Volltext zur Verfügung.

Die Sitzung wird lt. Geschäftsordnung per Internet live übertragen.

Von 18:30 bis 19:00 Uhr findet die Fragestunde statt.

Nach einer Gedenkminute für den verstorbenen Bürgermeister Mag. Christian Jachs und den verstorbenen ehemaligen Stadtrat Helmut Haider eröffnet Vbgm. Paruta-Teufer die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Festzuhalten ist, dass anstelle von 37 Gemeinderatsmitgliedern nur 36 anwesend sind, da die entschuldigte Stadträtin Patricia Winkler von der FPÖ-Fraktion durch kein Ersatzmitglied vertreten wird.

Änderungen der Tagesordnung:

1. Dringlichkeitsantrag von StR Haunschmied aus dem Ausschuss II:

Bebauungsplan Nr. 19; Hubertusstraße, Änderung – Einleitung des Raumordnungsverfahrens

Begründung:

Das Thema wurde in der Sitzung des Ausschusses II am 13.9.2016 behandelt und ein

Antrag an den Gemeinderat gestellt. Leider wurde übersehen, diesen zur Aufnahme in die Tagesordnung des Gemeinderates weiterzugeben.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

2. Dringlichkeitsantrag von Hermine Moser, M.A., Fraktionsobfrau GRÜNE vom 17.10.2016:

Dankschreiben an die muslimische Gemeinschaft ALIF für die Unterstützung zur Abhaltung des Ashura-Festes am 13.10.2016

Begründung:

Aktualität – das Ashura-Fest war letzte Woche am Mittwoch

Abstimmung: Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Pro: 4 (GRÜNE-Fraktion)

Antrag abgelehnt.

Aus dem Stadtrat

(Berichterstatterin: Vizebürgermeisterin Mag. Elisabeth Paruta-Teufer)

Austria Hotel Consulting AG, Wels; Hotelprojekt an der B 125 südlich der S10-Anschlussstelle Freistadt Nord

- a) Flächenwidmungsplan Nr. 6, Änderung Nr. 26 mit ÖEK Änd. Nr. 12 Widmung der Grundstücke 954/2 und 954/4, KG Freistadt, als Sondergebiet des Baulandes – Tourismusbetrieb – Einleitung des Raumordnungsverfahrens
- b) Grundtausch mit der Oö. Landesstraßenverwaltung; Zielsetzungen und prinzipieller Konsens
- c) Grundstücksübertragung an den Errichter und Betreiber per Baurecht samt Festlegen der Konditionen dafür

119

Vbgm. Paruta-Teufer:

stellt das Projekt in seinen Grundzügen anhand einiger Power-Point-Folien dar, wobei vorweg prinzipiell folgendes festgehalten wird: Im Rahmen dieser Sitzung geht es im Hotelthema zu den einzelnen Fragen ausschließlich um grundsätzliche Willensbildungen des Gemeinderates, um folglich die Projektentwicklung (Planung) und die anstehenden Vertragsentwicklungen in Angriff nehmen zu können.

Die Resultate aus diesen Entwicklungsschritten werden dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlussfassung selbstverständlich vorzulegen sein.

Fakten zum zukünftigen Hotel stichwortartig zusammengefasst:

- Baukörper ist ein „Vierkanter“ mit bodenständig traditionellem Erscheinungsbild im Unter- und Erdgeschoss und modern, zeitge-

- nössischen Elementen in den Obergeschossen
- 4-Stern-Kategorie
- 100 Zimmer
- Zielpublikum: in erster Linie Tourismus-, Seminar- und Businessgäste
- Erdgeschoss – Funktionen: Seminarbereich (500 m²), Gastronomie (für Hotel- und Seminarbetrieb), Eingang, Lobby, Empfang, Rezeption, Laubengang im Innenhof zur wetterfesten Erschließung aller Erdgeschossfunktionen und nach Südosten sich öffnende gedeckte Terrasse
- Parkplatz mit 150 Stellplätzen
- Regelgeschoss Zimmer, Obergeschoss 1-3;
- aufgrund der Topografie ergibt sich ein direkter Übergang des 1. OG in die umliegende Landschaft
- Wellnessbereich-Untergeschoss 300 m²;
- Wasserelemente rund ums Hotel

ad a)

Die beantragte Umwidmungsfläche befindet sich im östlichen Bereich des Kalvarienberges, unmittelbar westlich angrenzend an die Prager Straße und umfasst eine Gesamtfläche von ca. 1,35 ha. Anlass der geplanten Änderung ist die beabsichtigte Errichtung eines Hotels mit ca. 100 Zimmern inkl. zugeordnetem Seminar- und Wellnessbereich.

Antrag des Stadtrates:

Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Flächenwidmungsplanes und Änderung des ÖEK wie vorgetragen und gemäß den Entwurfsplänen von DI Max Mandl GZ: fr_16_17_01 und GZ: fr_16_17_02.

StR Elmecker:

Ein ordnungsgemäßes Raumordnungsverfahren dauert rd. 6 Monate. Ihm fehlen planliche Elemente wie Schnitte, Kubatur des Baukörpers, Geländestruktur etc. Interessant wären auch Fußwege und Landschaftsbild. Das alles ist aus dem vorliegenden Modell nicht erkennbar. Wie steht die INKOBA dazu und sind ökologische Ausgleichsflächen der ASFINAG betroffen?

Er befürchtet großen Zeitdruck für Gemeinde verbunden mit daraus resultierenden Fehlerquellen.

Vbgm. Paruta-Teufer:

Es handelt sich um keine ökologische Ausgleichsfläche. Lt. Zielsetzungsvereinbarung auf INKOBA-Ebene ist der Südhang im Norden Freistadts touristischen Betrieben vorbehalten. Das Gebiet ist im ÖEK als Tourismusgebiet ausgewiesen. Detailpläne – außer dem Modell – liegen noch nicht am Tisch. Heute geht's um eine Grundsatzentscheidung, die weiteren Schritte werden folgen. Die Fraktionen wissen seit dem interfraktionellen Treffen am 27.9.16 prinzipiell Bescheid.

Vbgm. Affenzeller:

Bedenken von Elmecker sind richtig und wichtig, aber, wie von Frau Vbgm schon erwähnt, geht es heute um eine Grundsatzentscheidung. Bei der Optik des Gebäudes kann man es nicht allen recht machen. Die Errichtung eines Hotels steht im öffentlichen Interesse – alle wünschen sich eins. Das Projekt so schnell wie möglich starten.

GR Weininger:

Die ÖVP-Fraktion begrüßt das Hotel. Das Raumordnungsverfahren ins Rollen bringen. Details können über den Bauausschuss ausgehandelt werden.

Abstimmung: (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Pro: 34

2 Enthaltungen (StR Elmecker und Balogh Christine)

Antrag mehrheitlich angenommen.

ad b)

Das Grundstück Nr. 954/4 (jetziger Lagerplatz) im Ausmaß von 3.500 m² soll mit dem südlichen etwa gleich großen Teil des Gemeindegrundstückes Nr. 1037 (nördlich des Kreisverkehrs Freistadt Nord unmittelbar unterhalb der Schießstätte) getauscht werden.

Antrag des Stadtrates:

Grundsätzliche Zustimmung zum beabsichtigten Grundtausch wie oben angeführt mit Auftrag zur Vertragserrichtung.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

ad c)

Das zukünftige Hotel soll auf einer Liegenschaft mit einer Größenordnung von rd. 1,35 ha errichtet bzw. betrieben werden. Diese Liegenschaft setzt sich zusammen aus dem Gemeindegrundstück 954/2 mit 9.895 m² und dem einzutauschenden Lagerplatz der Landesstraßenverwaltung Nr. 954/4 mit 3.500 m² (siehe lit. b) und ist an den Errichter und Betreiber zur Verfügung zu stellen.

Antrag des Stadtrates:

Einverständnis, dass die zu bildende Liegen-

schaft per Baurecht zur Verfügung gestellt wird, verbunden mit den Aufträgen an die Frau Vizebürgermeister, die Konditionen mit dem künftigen Baurechtsnehmer auszuverhandeln und an Notar Mag. Schöffl, den Vertrag zu entwerfen und zu errichten.

Abstimmung: (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Pro: 34

2 Enthaltungen (StR Elmecker und Balogh Christine)

Antrag mehrheitlich angenommen.

EU-EFRE Förderprogramm 2014-2020; IWB-Stadtumland-Kooperation Stadtregion Freistadt – Grundsatzvereinbarung

120

Vbgm. Paruta-Teufer:

stellt das Projekt stichwortartig vor:

- 22 sg. Kernstädte inkl. angrenzend verflochtener Gemeinden sind in OÖ förderbar, wobei für jede der 22 Zonen vorab einmal 1,2 Mio Projekt-Förderpotential reserviert ist. Grundsätzlich förderbar sind die Optimierung der Standort- und Siedlungsstrukturen sowie ökologische Aufwertungen von Flächen zur Reduktion des Flächenverbrauchs.
- Ziele bzw. Programm der interkommunalen Zusammenarbeit für den Planungsraum Freistadt nach schon stattgefundenen Vorgesprächen: Erreichbarkeiten und Mobilitätshilfen für Fußgänger und Radfahrer nach Konzepten, die auf IKRE-Ebene schon entwickelt worden sind.
- Aufteilung der nötigen Eigenmittel zur Projektentwicklung (15 %) nach Einwohner-schlüssel;

- Förderung Projektumsetzung (Projektvolumen max. 1,2 Mio): 75 %
- Projektbetreuung durch Regionalmanagement OÖ;
- nächster Schritt nach Bekanntsein der definitiv teilnehmenden Gemeinden: Einrichtung eines stadtreionalen Forums, das aus den BürgermeisterInnen besteht und mit Stimmengleichheit – 1 Sitz und 1 Stimme pro Gemeinde – agiert;

Antrag des Stadtrates:

Teilnahme an der interkommunalen Stadtumlandkooperation und Abschluss der Grundsatzvereinbarung für das Förderprogramm 2014-2020 wie vorgetragen

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Parkplatz Frauenteich (ehem. Tennisplatz);

**a) Errichtung einer E-Ladestation – Verträge und Vereinbarungen
Kauf, Standortregelung und Betriebsführung**

b) E-Carsharing – Nutzungsvereinbarung mit dem EBF über das dauernde Überlassen einer E-Ladevorrichtung samt Stellplatz zur Realisierung des Projekts „MühlFerdl“

121

Vbgrm. Paruta-Teufer:

ad a)

Die Linz AG errichtet für 5 Stellplätze 1 Schnelllader mit 50 kW, 2 Ladestellen (WallBOX) mit 22 kW und 2 Ladestellen (WallBOX) mit 11 kW (1 x für E-Carsharing).

Leistungen der Linz AG:

- Die Kosten für die Infrastruktur werden ca. € 80.000,-- bis 90.000,-- brutto betragen.
- Die Ladestationen werden von der Linz AG betrieben und abgerechnet.
- Übernahme der Netzzugangskosten.

Leistungen der Stadt Freistadt:

- Die Kosten für die Stadt werden nach der Abwicklung € 6.000,-- brutto betragen.
- Bauliche Ausgestaltung und Instandhaltung der 5 Stellplätze samt Peripherie (darüber besteht vorbehaltlich des heutigen GR-Beschlusses bereits ein Stadtratsbeschluss über eine Bausumme von max. € 45.000,--).
- Die Stadt unterstützt die Linz AG und wird die Landesförderung und Bundesförderung für die Ladeinfrastruktur abwickeln.

E-Lademöglichkeiten werden vorübergehend unentgeltlich zu nutzen sein, es liegt im Ermessen der Linz AG, ab wann dafür zu bezahlen sein wird.

Die Verträge haben im Wesentlichen folgende Konstruktion zum Inhalt:

Die Gemeinde kauft die 4 beabsichtigten Wallboxen und überlässt sie der Linz AG zur Betriebsführung. Weiters stellt die Gemeinde der Linz AG die nötigen Flächen zur Errichtung und zum Betrieb des Schnellladers zur Verfügung.

Verträge werden auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, wobei beim Betriebsführungsvertrag 5 Jahre und bei der Standortvereinbarung 10 Jahre beidseits auf das Kündigungsrecht verzichtet wird – folglich dann beidseits kündbar unter Einhaltung einer 3 Monatsfrist jeweils zum Ende des Kalenderjahres.

Monetäre Leistungen und Gegenleistungen aus allen 3 Verträgen ergeben per Saldo die genannten rd. € 6.000,-- zu Lasten der Gemeinde.

Antrag des Stadtrates:

Abschluss der Verträge und Vereinbarungen bez. Kauf, Standortregelung und Betriebsführung:

- a) Kaufvertrag zwischen ENAMO Ökostrom GmbH, Linz und Stadtgemeinde
- b) Standortvereinbarung, E-Lade-Infrastruktur zwischen Linz-Strom GmbH, Linz und Stadtgemeinde und
- c) Betriebsführungsvertrag über den Betrieb von Ladestationen für E-Fahrzeug zwischen ENAMO Ökostrom GmbH, Linz und Stadtgemeinde

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

ad b)

Die Gemeinde überlässt dem EBF einen Auto-Stellplatz exklusiv und räumt die exklusive Nutzung der E-Ladestelle 11 kW zum Betrieb des E-Carsharing-Modells MühlFerdL ein. Darstellung des Nutzungsvertrages in seinen wichtigsten Eckpunkten:

- Vertragspartner: Verein Energie Bezirk Freistadt
- Vertragsdauer/Nutzungsentgelt: auf unbestimmte Zeit und unentgeltlich
- Unterverpachtung ausgeschlossen
- beidseitiger Kündigungsverzicht für die ersten 4 Jahre – anschließend 1-monatige Kündigungsfrist
- Instandhaltung und Winterdienst durch Gemeinde
- bezüglich Strom schließt EBF mit ENAMO Ökostrom GmbH einen eigenen Vertrag ab

Antrag des Stadtrates:

Abschluss des Nutzungsvertrages mit dem Verein Energie Bezirk Freistadt wie vorge-tragen.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Kalvarienberg, LINZ STROM Netz GmbH; Errichtung einer 30 KV-Trafostation am neuen Rückhaltebecken an der Kreuzung Kalvarienberg-/Fosenstraße – Dienstbarkeit zur Überlassung des Grundstücks

122

Vbgm. Paruta-Teufer:

Die umfangreichen Siedlungserweiterungen am Kalvarienberg Ost, aktuell die Storchenstraße, verlangen eine neue Trafostation. Die Linz Strom Netz GmbH hätte dafür als Standort das Gemeindegrundstück 967/3 an der Kreuzung Fosenstraße/Kalvarienbergstraße unmittelbar oberhalb des neugebauten Rückhaltebeckens mit einem Platzbedarf von ca. 30 m² vorgesehen. Das Versorgungsgebiet erstreckt sich bis Hofer, DM und Libro. Liegenschaftsrechtlich könnte eine Regelung per Grundbuchsfähigem Dienstbarkeitsvertrag und Eimalentschädigung für die Gemeinde getroffen werden. Leitungsausführung mittels Erdkabel.

Geht es nach den Plänen der Linz Strom, wird man die Freileitung vom Trafo Altenheim zum Trafo DM abbauen können, weil die Versorgung dann nur noch über Erdleitungen erfolgt.

Antrag des Stadtrates:

Grundsätzliche Standort-Zustimmung und Bereitschaft, den nötigen Teil des Gemeindegrundstückes 967/3 per Dienstbarkeit zur Verfügung zu stellen.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Zu- und Abfahrt Kompostierungsanlage; prov. Straßenverlegung – Vereinbarung mit der Landes-Immobilien GmbH

123

Vbgm. Paruta-Teufer:

Die jetzige Zufahrt mit 3,5 m Asphaltbreite ist nicht gegenverkehrstauglich. Um das Problem zu lösen, wurde der LIG vorgeschlagen, die jetzt noch existierende alte Zufahrt samt Teilstück Trölsbergstraße vorerst noch zu erhalten und östlich des Kreisverkehrs ins Verkehrsnetz einzubinden. Die LIG stimmt zu, das Provisorium ist vorerst limitiert auf den Beginn der INKOBAs-Grundstücksverwertungen, max. jedoch auf 3 Jahre. Der Rückbau ist Verpflichtung der Gemeinde, was insofern nichts Neues

ist, sondern nur ein zeitliches Verschieben darstellt, als das Wegräumen der alten Verkehrswege Teil der Gemeindeaufgaben aus der B 38-Vereinbarung mit dem Land ist. Fertigstellung: Ende Oktober.

Antrag des Stadtrates:

Abschluss der Vereinbarung mit der Landes-Immobilien GmbH per Brief und Gegenbrief.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Grundstück Nr. 873/3 an der Amselstraße; Benützung als Gartenfläche durch die angrenzenden Liegenschaftseigentümer – Bittleihevertrag

124

Vbgm. Paruta-Teufer:

stellt den Bittleihevertrag in den wichtigsten Eckpunkten dar:

- Vertragspartner: Krenner Philip/Lerchbaumer Magdalena
- Vertragsgegenstand: 92 m² aus Grundstück 873/3 zur Gartennutzung

- bis auf Widerruf und unentgeltlich
- keine Bauwerke erlaubt, ausgenommen des Hauskanalanschlusses

Antrag des Stadtrates:
Abschluss des vorliegenden Bittleihevertrages mit Krenner/Lerchbaumer

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
 Erheben der Hand)

Liegenschaft Trölsberg 34; Herstellung eines Kanalanschlusses per Pumpwerk und ca. 150 m langer Druckleitung – Vertrag über die Nutzung des öffentlichen Gutes samt Begleitvereinbarungen 125

Vbgm. Paruta-Teufer:

stellt die Sachlage und den Nutzungsvertrag in Kurzform dar:

Die Entfernung der Liegenschaft Trölsberg 34 zum öffentl. Kanal beträgt rd. 145 lfm, liegt also außerhalb des Anschlussbereiches (50 m), weshalb es sich um einen sog. freiwilligen Anschluss handelt. Technisch lösbar durch Pumpwerk und Druckleitung samt Leitungsverlegung im Bankett des öffentlichen Gutes. Die Herstellungskosten von rd. € 16.400,-- inkl. MwSt. sind vom Liegenschaftseigentümer zu tragen (ohne Anschlussgebühr und Asphaltierungskosten).

Vertragspartner: Ingrid Enderle, Traun für die Liegenschaft EZ 1348 mit den Grundstücken . 1141 (Haus Trölsberg 34) sowie 1916 Bauf., Gärten als Liegenschaftseigentümerin.
 Voraussetzungen:

Die Gemeinde kann bei künftigem Bedarf die Druckleitung für öffentl. Zwecke entschädigungslos übernehmen. Als Gegenleistung verzichtet die Gemeinde auf die Anschlussgebühr (rd. € 3.150,--) und besorgt die Asphaltmanipulationen im Künettenbereich (Gegenwert: ca. € 1.900,--). Nebenkosten wie Vermessung, Vertragserrichtung und Bauleitung Thürriedl gehen zu Lasten der Gemeinde.

Antrag des Stadtrates:
Abschluss des vorliegenden Vertrages mit Enderle Ingrid, Traun für Trölsberg 34

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
 Erheben der Hand)

Niederschlagsereignis 5./6.6.2016; Schaden an der Zufahrt Hochbehälter Graben; Schadenersatzforderung an den Nachbarn/Verursacher – rechtsanwaltliche Vertretung 126

Vbgm. Paruta-Teufer:

erklärt den Sachverhalt:

Die Zufahrt zum Hochbehälter (Kategorie Gemeindestraße) wurde beim Niederschlagsereignis total zerstört. Ursache: etwa 1,8 m³/sec Wasserableitung, indem der natürliche Abfluss durch die von Lehner gebaute Grundstücksmauer verhindert war. Zwischen dem Schaden

und der Grundstücksmauer besteht ein kau-saler Zusammenhang – das Gutachten von Thürriedl vom 19.7.16 belegt dies eindeutig. Schadensdimension: Straßenwiederherstellung brutto € 6.050,-- plus bisherige Bauhofleistungen € 8.050,--, zusammen rd. € 14.100,--.

Facetten aus dem OÖ. Straßengesetz:

- die Grundstücksmauer hätte die Zustimmung der Straßenverwaltung zur Voraussetzung – der Nachbar hat konsenslos gebaut
- jeder Straßenanrainer hat die Verpflichtung, den freien Wasserabfluss von der öffentlichen Fläche zu dulden

Antrag des Stadtrates:

Zivilrechtliches Vorgehen gegen den Nachbarn / erursacher, sollte sich keine Einigung ergeben. Schadenersatzforderung über rd.

€ 14.100,-- plus Gutachterhonorar; rechtsanwaltliche Vertretung RA Mag. Teufer-Peyrl.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Dienstpostenplan; Änderungen bzw. Aktualisierungen

127

Vbgm. Paruta-Teufer:

Die vollständige Fassung des Dienstpostenplans stand den Mitgliedern per Intranet zur Verfügung. Sie stellt die wesentlichen Änderungen bzw. die Aktualisierungen anhand der Power Point Präsentation in Kurzform dar: Änderung eines Dienstpostens im Bürgerservice von GD 16.3 auf GD 18.5 und Aktualisierungen (namentliche Änderungen und Anpassungen der Beschäftigungsverhältnisse im Bereich Schulbegleitungen, Reinigung in den Schulen und im Bereich Hallenbad/Freibad.

Schulassistentz:

6,39 Dienstposten = +1,00 gegenüber letztem Stand (25.4.2016)

Schüler-Nachmittagsbetreuung:

3,81 Dienstposten = - 0,65 gegenüber letztem Stand (25.4.2016)

Stadtamt/Rathaus (20,76 DB), Bauhof (19,88 DB), Schulküche (2,28 DB), Schulen (9,27 DB), Hallenbad/Freibad (6,14 DP), Feuerwehr (0,30 DP), Salzhof/Landesmusikschule (1,38 DP) und Kindergartenbusbegleitung sind unverändert und ident mit letztem Stand (25.4.2016)

Antrag des Stadtrates:

Änderungen bzw. Neufassung des Dienstpostenplans wie präsentiert und vorliegend.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Subventionen; Vereine u.a.

128

Vbgm. Paruta-Teufer:

Folgende Subventionen stehen zur Debatte:

1. eine Fördervereinbarung für die nächsten 2 Jahre für den Sportclub TOMA-RACING, ASVÖ Mühlviertel 8000 mit folgendem Inhalt:
 - Zeitraum: 1.1.2017 bis 31.12.2018
 - finanzielle Unterstützung jährlich: € 5.000,--
 - Bauhofleistungen: max. 100 Stunden plus notwendiger Fahrzeug- bzw. Geräteeinsatz
 - Verpflichtung für Verein: die Veranstaltung jährlich durchzuführen

und

2. € 2.222,-- für die Localbühne für den Jurypreis im Rahmen des Heimatfilmfestivals

Antrag des Stadtrates:

Abschluss der Fördervereinbarung und Gewähren der angeführten Subvention

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Straßenbeleuchtung; Umrüsten und Sanieren der Beleuchtung im ganzen Stadtgebiet - Bericht aus der 6. Sitzung des Stadtrates vom 12.8.2016 aufgrund der Übertragungsverordnung vom 16.12.2013 129

Vbgm. Paruta-Teufer:

berichtet aus der Sitzung des Stadtrates vom 12.8.2016:

Letzte Beschlusslage lt. Stadtrat 28.4.2015: Gesamtkosten rd. € 1,6 Mio brutto, was in diesem Ausmaß noch dem ursprünglichen Projektumfang lt. Ausschreibung entsprach. Die LED-Umrüstung ist als Projekt zwischenzeitlich abgeschlossen, die Abrechnung wird auf rd. € 1,898 Mio brutto prognostiziert. Gründe für die vom Stadtrat beschlossene Kostenerhöhung:

Viele Einzelmaßnahmen und Beleuchtungsergänzungen, die sich in der Projektabwicklung

als sinnvoll, zweckmäßig und sparsam ergeben haben, z.B. Hirschstraße, Roseggerstraße, Zeisigstraße, Vierzehner Straße, Bockaudorf, Parkplätze Friedhof, Froschau, Fraunteich etc., Finstere Promenade, Trölsberg. Zusätzlich die Erneuerung dreier Verteilerkästen, wo die Altbestände sich als nicht mehr reparaturfähig herausgestellt haben. Außerdem ist eine Reserve von € 60.000,-- für Kabelfehlersanierungen inkludiert, die noch zu erwarten sind.

Der Bericht wird **einstimmig** zur Kenntnis genommen.

*Aus dem Ausschuss I (Finanz- und Budgetangelegenheiten)
(Berichterstatter: Vizebürgermeister Mag.med.vet. Wolfgang Affenzeller)*

Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und –anlagen; Tarife für 2017 130

Vbgm. Affenzeller:

Tarife 2016/2017 im Vergleich:

Die Wasserbezugsgebühren steigen pro m³ von € 1,84 auf € 1,87 und die Kanalbenützungsgebühren von € 4,19 auf € 4,27 – das bedeutet ein Plus von 1,8 bzw. 1,84 Prozent.

Antrag des Ausschusses I:

A) Wassergebührenordnung:

VERORDNUNG

mit der eine Wassergebührenordnung für die gemeinnützige öffentliche Wasserversorgungsanlage der Stadtgemeinde Freistadt erlassen wird.

Auf Grund des Interessentenbeiträgegesetzes 1958, LGBl.Nr. 28, und des § 15 Abs.3, Ziffer 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl. I Nr. 103/2007, jeweils in der geltenden Fassung wird verordnet:

§ 1 Anschlussgebühr

Für den Anschluss von Grundstücken an die gemeinnützige, öffentliche Wasserversorgungsanlage der Stadtgemeinde Freistadt (im folgenden Wasserversorgungsanlage genannt) wird eine Wasserleitungs-Anschlussgebühr erhoben. Gebührenpflichtig ist der Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke. Bauberechtigte sind Grundeigentümern gleichzusetzen.

§ 2

Ausmaß der Anschlussgebühr

- (1) Die Wasserleitungs-Anschlussgebühr beträgt:
 - a) für Grundstücke (bebaut oder unbebaut) für jeden Quadratmeter € 0,92
 - b) für Gebäude je Quadratmeter der Bemessungsgrundlage nach Absatz 2 € 12,04, mindestens aber € 2.127,40
- (2) Die Bemessungsgrundlage für bebaute Grundstücke bildet bei eingeschossiger Bebauung die Quadratmeterzahl der bebauten Grundfläche, bei mehrgeschossiger Bebauung die Summe der bebauten Fläche der einzelnen Geschosse (inkl. Dachgeschoss) jener Bauwerke, die einen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage aufweisen.
- (3) Nebengebäude, die zumindest auf zwei Seiten offen sind und keinen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an die gemeinnützige öffentliche Wasserversorgungsanlage aufweisen, zählen nicht zur Bemessungsgrundlage. Ausgebaute Dachräume sowie Kellergeschosse werden nur in jenem Ausmaß berücksichtigt, als sie für Wohn-, Geschäfts- oder Betriebszwecke benutzbar ausgebaut sind. Brennstofflagerräume sowie Schutzräume zählen nicht zur Bemessungsgrundlage.

An Objekte angebaute oder freistehende Garagen sind nur mit 50 % ihrer Nutzfläche in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen. Kellerbars, Saunen, Heizräume, Waschküchen und Hobbyräume zählen zur Bemessungsgrundlage. Für alle rein gewerblichen Zwecken dienenden Flächen gilt ein 50 %iger Abschlag von der Bemessungsgrundlage.

Rein gewerblich genutzte Lagerflächen werden mit einem Abschlag von 80 % von der Bemessungsgrundlage berücksichtigt. Als solche gelten jene, auf welchen Waren gelagert werden, die dort keinem Fertigungsprozess unterworfen sind.

Schwimmbäder sind mit der Quadrat-

meteranzahl der Wasseroberfläche in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen. Für Schwimmbäder, die keinen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an die gemeinnützige öffentliche Wasserversorgungsanlage aufweisen, gilt ein 50 %iger Abschlag von der Bemessungsgrundlage.

Die errechnete Bemessungsgrundlage ist auf volle Quadratmeter abzurunden.

- (4) Als Wasserleitungs-Anschlussgebühr für unbebaute Grundstücke wird die Mindestanschlussgebühr vorgeschrieben.
- (5) Ist auf einem Grundstück ein Gebäude errichtet, so ist die bebaute Fläche auf volle Quadratmeter nach oben gerundet in die Berechnung nach Abs.1 lit. a nicht einzubeziehen. Bei landwirtschaftlichen Gebäuden ist das Grundstück, auf dem das Gebäude errichtet ist, nicht als Grundstück im Sinne des Abs.1 lit. a anzusehen.
- (6) Sonstige Grundstücke eines Gebührenschuldners, die unmittelbar an das angeschlossene Grundstück angrenzen und über keinen eigenen Wasserleitungsanschluss verfügen, sind in die Berechnung nach Abs. 1 lit. a einzubeziehen. Ausgenommen hiervon sind Grundstücke mit der grundbücherlichen Benützungsbearbeitung „landwirtschaftlich genutzte Grundflächen“.

§ 3

Wasserleitungsanschluss-Ergänzungsgebühr

- (1) Bei nachträglichen Abänderungen des angeschlossenen Grundstückes ist eine ergänzende Wasserleitungs-Anschlussgebühr zu entrichten, die im Sinne der obigen Bestimmungen mit folgender Maßgabe errechnet wird:
 - (a) Wird auf einem unbebauten Grundstück ein Gebäude errichtet, ist von der ermittelten Wasserleitungs-Anschlussgebühr die nach dieser Gebührenordnung für das betreffende unbebaute Grundstück sich ergebende Wasserleitungs-Anschlussgebühr abzusetzen, wenn für

- (b) den Anschluss des betreffenden unbebauten Grundstückes seinerzeit bereits eine Wasserleitungs-Anschlussgebühr oder ein Entgelt für den Anschluss an die Wasserversorgungsanlage entrichtet wurde.
- (c) Bei Änderungen eines angeschlossenen Gebäudes durch Zu-, Ein- Umbau sowie Neubau nach Abbruch und bei Änderung des Widmungszweckes ist die Wasserleitungs-Anschlussgebühr in dem Umfang zu entrichten, als gegenüber dem bisherigen Zustand eine Vergrößerung der Berechnungsgrundlage gemäß § 2 Abs. 2 gegeben ist, sofern die der Mindestgebühr entsprechende Fläche überschritten wird.
- (d) Bei Vergrößerung eines Grundstückes.
- (e) Eine Rückzahlung bereits entrichteter Wasserleitungs-Anschlussgebühren aufgrund einer Neuberechnung nach diesem Absatz findet nicht statt.

§ 4

Wasserbezugsgebühren

- (1) Die Eigentümer der an die Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Grundstücke haben für den Wasserbezug eine jährliche Wassergebühr zu entrichten.
- (2) Es wird eine verbrauchsabhängige Gebühr eingehoben. Diese beträgt für die an die gemeindeeigene Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Grundstücke € 1,87 pro m³ des aus der gemeindeeigenen Wasserversorgungsanlage bezogenen Wassers.
- (3) Für die Ermittlung des Wasserverbrauches ist die Angabe des jeweiligen Wasserzählers maßgebend.
- (4) Wenn der Wasserzähler unrichtig anzeigt, ausfällt oder aus einem bestimmten Grund nicht eingebaut werden konnte, ist die verbrauchte Wassermenge zu schätzen. Bei der Schätzung des Wasserverbrauches ist insbesondere auf den Wasserverbrauch der letzten drei vorangegangenen Kalenderjahre und auf etwa geänderte Verhältnisse im Wasserverbrauch Rücksicht zu nehmen. Ist keine

Wasserzählereinrichtung vorhanden, wird von der Gemeinde ein Wasserverbrauch von 30 m³ verbrauchtem Wasser pro Person und Jahr angenommen.

§ 5

Bereitstellungsgebühr

- (1) Für die Bereitstellung der Wasserversorgungsanlage wird für angeschlossene aber unbebaute Grundstücke eine jährliche Wasserbereitstellungsgebühr erhoben. Gebührenpflichtig ist der Eigentümer des an die Wasserversorgungsanlage angeschlossenen, jedoch unbebauten Grundstücks.
- (2) Die Bereitstellungsgebühr beträgt für Grundstücke 11 Cent pro Quadratmeter Grundfläche.

§ 6

Wasserzählergebühr

Für die Bereitstellung sowie die laufende Wartung und Instandhaltung der Wasserzähler ist eine Wasserzählergebühr zu entrichten. Diese beträgt je Vierteljahr für Wasserzähler mit einer Durchflussstärke pro Stunde

bis 7 m ³	€ 4,80
von 7 bis 20 m ³	€ 9,55
von 20 bis 30 m ³	€ 19,40
von 30 bis 50 m ³	€ 23,15
bei Verbundzählern mit Nenngröße bis 50 mm	€ 95,90
von 50 bis 80 mm	€ 119,90
über 80 mm	€ 174,45

§ 7

Entstehen des Abgabensanspruches und Fälligkeit

- (1) Die Wasserleitungs-Anschlussgebührenpflicht entsteht mit dem Anschluss eines Grundstückes an die Wasserversorgungsanlage.
- (2) Die Verpflichtung zur Entrichtung der Wasserleitungs-Anschlussergänzungsgebühr entsteht mit Vollendung der Bauarbeiten (§ 3, Abs. (1), lit. a und b) bzw. mit der Eintragung im Grundbuch (§ 3,

- (3) Abs. (1), lit. c). Als Vollendung der Bauarbeiten im Sinne gilt bereits der Zeitpunkt, an dem die in diesem Zusammenhang geschaffenen Räume ganz oder teilweise in Benützung genommen werden oder Innenleitungen benutzbar fertig gestellt sind.
- (4) Die Wasserbezugsgebühr und Wasserzählergebühr ist vierteljährlich und zwar am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres zu entrichten.
- (5) Die Wasserbezugsgebühr ist in gleich bleibenden, vierteljährlichen Raten gemäß Abs.3 fällig. Die endgültige Abrechnung erfolgt nach Ablesung der Wasserzähler. Bei einem Neueinbau des Wasserzählers ist sie vorerst nach dem durchschnittlichen Wasserverbrauch für Grundstücke ähnlicher Größe oder Verwendung zu berechnen.

§ 8
Umsatzsteuer

In den Gebühren ist die gesetzliche Umsatzsteuer bereits enthalten.

§ 9
Privatrechtliche Vereinbarungen

Durch diese Gebührenordnung wird der Abschluss privatrechtlicher Vereinbarungen nicht ausgeschlossen.

§ 10
Indexbindung

Die in dieser Verordnung geregelten Gebühren werden vom Gemeinderat jährlich entsprechend des Verbraucherpreisindex erhöht.

§ 11
Inkrafttreten

Die Rechtswirksamkeit dieser Wassergebührenordnung beginnt mit 1. Jänner 2017.

A) Kanalgebührenordnung:

V E R O R D N U N G

mit der eine Kanalgebührenordnung für die Stadtgemeinde Freistadt erlassen wird.

Auf Grund des Interessentenbeiträgegesetzes 1958, LGBl.Nr. 28 und des § 15 Abs.3, Ziffer 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl. I Nr. 103/2007, jeweils in der geltenden Fassung wird verordnet:

§ 1
Anschlussgebühr

Für den Anschluss von Grundstücken an das gemeindeeigene, öffentliche Kanalnetz der Stadtgemeinde Freistadt wird eine Kanalanschlussgebühr erhoben. Gebührenpflichtig ist der Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke, im Falle des Bestehens von Baurechten der Bauberechtigte.

§ 2
Ausmaß der Anschlussgebühr

- (5) Die Kanalanschlussgebühr beträgt für bebaute Grundstücke € 26,18 pro Quadratmeter der Bemessungsgrundlage nach Abs. 2, mindestens aber € 3.548,60.
- (6) Die Bemessungsgrundlage für bebaute Grundstücke bildet bei eingeschossiger Bebauung die Quadratmeteranzahl der bebauten Grundfläche, bei mehrgeschossiger Bebauung die Summe der bebauten Fläche der einzelnen Geschoße (inkl. Dachgeschoß) jener Bauwerke, die einen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an das gemeindeeigene, öffentliche Kanalnetz aufweisen.
- (7) Nebengebäude, die zumindest auf zwei Seiten offen sind und keinen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an das öffentliche Kanalnetz aufweisen, zählen nicht zur Bemessungsgrundlage. Ausgebaute Dachräume und Kellergeschoße werden nur in jenem Ausmaß berücksichtigt, als sie für Wohn-, Geschäfts- oder Betriebszwecke benützlich ausgebaut sind. Brennstofflagerräume sowie Schutzräume zählen nicht zur Bemessungsgrundlage.

- (8) An Objekte angebaute oder freistehende Garagen sind nur mit 50 % ihrer Nutzfläche in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen. Kellerbars, Saunen, Heizräume, Waschküchen und Hobbyräume zählen zur Bemessungsgrundlage.

Für alle rein gewerblichen Zwecken dienenden Flächen gilt ein 50 %iger Abschlag von der Bemessungsgrundlage.

Rein gewerblich genutzte Lagerflächen werden mit einem Abschlag von 80 % von der Bemessungsgrundlage berücksichtigt. Als solche gelten jene, auf welchen Waren gelagert werden, die dort keinem Fertigungsprozess unterworfen sind.

Schwimmbäder sind, sofern sie einen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an das öffentliche Kanalnetz aufweisen, mit der Quadratmeteranzahl der Wasseroberfläche in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen.

Die errechnete Bemessungsgrundlage ist auf volle Quadratmeter abzurunden.

- (9) In allen Fällen, in denen für ein Grundstück mehr als eine Einmündungsstelle geschaffen wird, ist für jede weitere Einmündungsstelle in den gemeindeeigenen öffentlichen Kanal ein Zuschlag von 30 v. H. der Kanalanschlussgebühr für den ersten Anschluss zu entrichten.
- (10) Als Kanalanschlussgebühr für unbebaute Grundstücke wird die Mindestanschlussgebühr vorgeschrieben.
- (11) Bei nachträglichen Abänderungen des angeschlossenen Grundstückes ist eine ergänzende Kanalanschlussgebühr zu entrichten, die im Sinne der obigen Bestimmungen mit folgender Maßgabe errechnet wird:
- a) wird auf einem unbebauten Grundstück ein Gebäude errichtet, ist von der ermittelten Kanalanschlussgebühr die nach dieser Gebührenordnung für das betreffende unbebaute Grundstück sich ergebende Kanalanschluss-

gebühr abzusetzen, wenn für den Anschluss des betreffenden unbebauten Grundstückes seinerzeit vom Grundstückseigentümer oder dessen Vorgänger bereits eine Kanalanschlussgebühr entrichtet wurde;

- b) bei Änderungen eines angeschlossenen Gebäudes durch Zu-, Ein- oder Umbau sowie Neubau nach Abbruch und bei Änderung des Widmungszweckes ist die Kanalanschlussgebühr in dem Umfang zu entrichten, als gegenüber dem bisherigen Zustand eine Vergrößerung der Berechnungsgrundlage gemäß Abs. 2 gegeben ist, sofern die der Mindestgebühr entsprechende Fläche überschritten wird.
- c) Eine Rückzahlung bereits entrichteter Kanalanschlussgebühren aufgrund einer Neuberechnung nach diesem Absatz findet nicht statt.

§ 3

Kanalbenützungsgebühren

- (1) Die Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke haben eine jährliche Kanalbenützungsggebühr zu entrichten.
- (2) Es wird eine verbrauchsabhängige Gebühr eingehoben. Diese beträgt für die an die gemeindeeigene Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Grundstücke € 4,268 pro m³ des aus der gemeindeeigenen Wasserversorgungsanlage bezogenen Wassers.
- (3) Für die Ermittlung des Wasserverbrauches ist die Angabe des jeweiligen Wasserzählers maßgebend.
- (4) Wenn ein Wasserzähler unrichtig anzeigt oder ausfällt, ist die verbrauchte Wassermenge zu schätzen. Bei der Schätzung des Wasserverbrauches ist insbesondere auf den Wasserbrauch der vorangegangenen drei Kalenderjahre und auf etwa geänderte Verhältnisse im Wasserverbrauch Rücksicht zu nehmen. Ist keine Wasserzählereinrichtung vorhanden, wird von der Gemeinde ein Wasserverbrauch von 30 m³ verbrauchtem Wasser pro Person und Jahr angenommen.

- (5) Bezieht ein Grundstückseigentümer für sein Grundstück Trink- bzw. Nutzwasser ausschließlich aus einer privaten Wasserversorgungsanlage und wird dieses in die gemeindeeigene Kanalisationsanlage auch nur zum Teil abgeleitet, so ist eine Mindestbenützungsgebühr in Form einer Jahrespauschale für jede auf dem Grundstück gemeldete Person in Höhe von 30 m³ verbrauchten Wassers zu entrichten. Auf Antrag des Grundstückseigentümers kann von der Stadtgemeinde Freistadt auf ihre Kosten auch ein Wasserzähler an der privaten Wasserversorgungsanlage installiert werden. In diesem Fall ist die Kanalbenützungsgebühr nach dem tatsächlichen Wasserverbrauch entsprechend der Angabe dieses Wasserzählers zu entrichten.
- (6) Bezieht ein Grundstückseigentümer für sein Grundstück zusätzlich zur öffentlichen Wasserversorgungsanlage Nutzwasser aus einer privaten Wasserversorgungsanlage und wird dieses in die gemeindeeigene Kanalisationsanlage auch nur zum Teil abgeleitet, so ist dafür zusätzlich zur Wasserbezugsgebühr aus dem öffentlichen Leitungsnetz eine Mindestbenützungsgebühr in Form einer Jahrespauschale für jede auf dem Grundstück gemeldete Person in der Höhe von 8 m³ verbrauchtem Wasser zu entrichten. Der Grundeigentümer ist verpflichtet, auf die Brauchwasseranlage einen Wasserzähler installieren zu lassen (Kosten dafür trägt die Stadtgemeinde Freistadt). Von dieser Verpflichtung kann nur dann abgesehen werden, wenn es technisch absolut unmöglich ist, einen Wasserzähler einzubauen. Für diesen Fall errechnet sich die Kanalbenützungsgebühr aus der Summe der verbrauchten Wassermenge aus der öffentlichen Wasserleitung und Nutzwasserleitung entsprechend der Angaben der eingebauten Wasserzähler. Eine Wasserzählergebühr ist in diesem Fall für den Nutzwasserzähler nicht zu entrichten.
- (7) Die Ermittlung der Personenanzahl, der auf einem Grundstück gemeldeten Personen erfolgt zum Stichtag 1. Juli des der

Abrechnung vorangehenden Kalenderjahres. In weiterer Folge kann eine Änderung der Personenanzahl nur dann bei der nächsten Vorschreibung berücksichtigt werden, wenn die Änderung der Stadtgemeinde Freistadt spätestens einen Monat vor der Fälligkeit der vierteljährlichen Jahresvorschreibung § 4 Abs. 4 gemeldet wird.

§ 4

Entstehen des Abgabeananspruches und Fälligkeit

- (1) Die Kanalanschlussgebührenpflicht entsteht mit dem Anschluss eines Grundstückes an das gemeindeeigene, öffentliche Kanalnetz.
- (2) Die Verpflichtung zur Entrichtung der ergänzende Kanalanschlussgebühr (§ 2 Abs.5) entsteht mit dem Zeitpunkt, in dem das geschaffene Bauwerk zumindest teilweise in Benützung genommen wird.
- (3) Die Kanalbenützungsgebühr ist vierteljährlich, und zwar am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres zu entrichten. Die endgültige Abrechnung erfolgt nach Ablesung der Wasserzähler. Bei einem Neueinbau des Wasserzählers ist sie vorerst nach dem durchschnittlichen Wasserverbrauch für Grundstücke ähnlicher Größe oder Verwendung zu berechnen.
- (4) Die Mindestkanalbenützungsgebühr ist ebenfalls vierteljährlich und zwar am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres zu entrichten.

§ 5

Bereitstellungsgebühr

- (1) Für die Bereitstellung des Kanalnetzes wird für angeschlossene aber unbebaute Grundstücke eine jährliche Kanalbereitstellungsgebühr erhoben. Gebührenpflichtig ist der Eigentümer des an das Kanalnetz angeschlossenen, jedoch unbebauten Grundstücks.

- (2) Die Bereitstellungsgebühr beträgt für Grundstücke 24 Cent pro Quadratmeter Grundfläche.

§ 6 Umsatzsteuer

In den Gebühren ist die gesetzliche Umsatzsteuer bereits enthalten.

§ 7 Privatrechtliche Vereinbarungen

Durch diese Gebührenordnung wird der Abschluss privatrechtlicher Vereinbarungen nicht ausgeschlossen.

§ 8 Indexbindung

Die in dieser Verordnung geregelten Gebühren werden vom Gemeinderat jährlich entsprechend des Verbraucherpreisindex erhöht.

§ 9 Inkrafttreten

Die Rechtswirksamkeit dieser Kanalgebührenordnung beginnt mit 1. Jänner 2017.

Abstimmung: (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Pro: 33

Contra: 3 (WIFF-Fraktion)

Antrag mehrheitlich angenommen

Hebesätze für die Gemeindesteuern 2017

131

Vbgm. Affenzeller:

Antrag des Ausschusses I:

Festsetzung der Hebesätze wie folgt:

- der Grundsteuer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (A) mit 500 v.H. des Steuermessbetrages
- der Grundsteuer der Grundstücke (B) mit 500 v.H. des Steuermessbetrages
- des Entgeltes für die Benützung des öffentlichen Gutes und des darüber

befindlichen Luftraumes in unveränderter Höhe wie im Jahr 2016

- des Grundnutzungsentgeltes in unveränderter Höhe wie im Jahr 2016

Die übrigen Abgaben wie Lustbarkeits-, Hunde- und Tourismusabgabe sowie die Parkgebühren werden laut den jeweiligen Gebührenordnungen eingehoben

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Kassenkredit für das Finanzjahr 2017; Vergabe

132

Vbgm. Affenzeller:

Die Ausschreibung erfolgte am 23.09.2016 über insgesamt € 4.200.000,--; Bindung an den 3-Monats-EURIBOR.

Angebotseröffnung am 13.10.2016 mit folgenden Anbietern:

- Sparkasse: € 3.800.000,--, Aufschlag 0,59%
- Volksbank: € 100.000,--, Aufschlag 0,70% (Fixzinssatz)
- Raiffeisenbank: € 100.000,--, Aufschlag 0,75%

- Oberbank: € 100.000,--, Aufschlag 0,85%
- BAWAG P.S.K.: € 100.000,--, Aufschlag 0,98%

Antrag des Ausschusses I:

Zustimmung zur Vergabe des Kassenkredits aufgeteilt auf 5 Anbieter w.o angeführt

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Feuerwehrtarifordnung; Anpassung an die neue Mustergebührenverordnung

133

Vbgm. Affenzeller:

Antrag des Ausschusses I:

VERORDNUNG

mit der eine Feuerwehr-Gebührenordnung für Freistadt erlassen wird.

Auf Grund des § 6 Abs. 5 des Oö. Feuerwehrgesetzes 2015, LGBl. Nr. 104/2014, und des § 15 Abs. 3 Ziffer 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl. I Nr. 103/2007, wird verordnet:

§ 1

Allgemeine Bestimmungen

(1) Diese Gebührenordnung beinhaltet die Gebühren für Einsatzleistungen der oberösterreichischen Freiwilligen Feuerwehren (im Folgenden kurz: Feuerwehr) bzw. für die Benutzung von Feuerwehreinrichtungen.

(2) In Anlage I, Tarife A bis C sind Gebühren für Einsatzleistungen bzw. für die Beistellung von Personal, Geräten und Ausrüstungsgegenständen festgesetzt.

(3) In Anlage I, Tarif D sind die Gebühren für Verbrauchsmaterialien (wie Bindemittel, Kraftstoffe, Löschmittel, Pölzmaterial, Reinigungsmittel etc.) festgelegt, die getrennt vorzuschreiben sind.

(4) Falls dies erforderlich ist, kann sich die Feuerwehr bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auch Dritter (in Form von Leistungen und Beistellungen) bedienen. In Anlage I, Tarif E sind die Gebühren für diese Leistungen bzw. Beistellungen (wie Personal, Fahrzeuge, Anhänger, Werkzeuge, Ausrüstungsgegenstände, etc.) festgelegt, die nach konkretem Aufwand unter Berücksichtigung der Grundsätze der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit vorzuschreiben sind.

§ 2

Gebührenpflicht

(1) Sofern nicht Gebührenfreiheit gemäß § 3 dieser Gebührenordnung vorliegt, sind die nach den einschlägigen Vorschriften des öffentlichen Rechts für Einsatzleistungen und für die Benutzung von Feuerwehreinrichtungen von Feuerwehren anfallenden Gebühren nach Maßgabe der Tarife A bis E in Anlage I dieser Gebührenordnung zu entrichten.

(2) Gemäß § 6 Abs. 1 des Oö. Feuerwehrgesetzes 2015, LGBl. 104/2014 (Oö. FWG 2015), hat jede bzw. jeder, in deren bzw. dessen Interesse die Feuerwehr tätig wird, der jeweiligen Pflichtbereichsgemeinde die dadurch entstehenden Kosten zu ersetzen.

(3) Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig einen Umstand herbeiführt, der den Einsatz einer Feuerwehr bedingt, oder wer ohne hinreichenden Grund das Ausrücken einer Feuerwehr veranlasst, hat der Pflichtbereichsgemeinde die Kosten des Einsatzes und die dabei der Feuerwehr entstandenen Schäden unter Bedachtnahme auf § 1304 ABGB zu ersetzen (vgl. § 6 Abs. 2 Oö. FWG 2015).

(4) Die Gemeinde, in der der Einsatzort liegt, hat dem Kostenträger einer pflichtbereichsfremden Feuerwehr die Kosten für ihre beim Einsatz verbrauchten Sondereinsatzmittel und Verbrauchsgüter (zB Schaummittel, Löschpulver, Löschgase, Atemfilter, Atemluft, Bindemittel für Chemikalien, Öl usw.) zu ersetzen, sofern

1. ihr Einsatz auf Grund einer Anordnung der Einsatzleiterin bzw. des Einsatzleiters (§ 14 Abs. 1 bis 4 Oö. FWG 2015) erfolgte und
2. keine Kostenersatzpflicht Dritter gemäß § 6 Abs. 1 oder 2 Oö. FWG 2015 besteht (vgl. § 6 Abs. 3 Oö. FWG 2015).

(5) Abs. 4 gilt sinngemäß auch für Einsätze einer Betriebsfeuerwehr innerhalb ihres Pflichtbereichs, jedoch außerhalb der Anlage oder des Objekts, zu dessen Schutz sie eingerichtet ist (vgl. § 6 Abs. 4 Oö. FWG 2015).

§ 3

Gebührenfreiheit

(1) Diese Gebührenordnung findet keine Anwendung:

1. wenn die Feuerwehr zur erbrachten Dienst-, Sach-, oder Einsatzleistung auf Grund öffentlich-rechtlicher Bestimmungen verpflichtet war und nach diesen Rechtsvorschriften ein Kostenersatz nicht vorgesehen ist (konkret gemäß § 6 Abs. 1 Oö. FWG 2015, wenn die Inanspruchnahme bei Bränden, zur Abwendung von Brandgefahr, bei Elementarereignissen zur Setzung von Erstmaßnahmen zur Abwehr von drohender und zur Beseitigung unmittelbarer Gefahr oder bei Unfällen und akuten Notfällen zur Rettung von Menschen und Tieren erfolgt), sofern nicht Abs. 2 anzuwenden ist;
2. bei einer Alarmierung aufgrund einer irrtümlich, im guten Glauben abgegebenen Meldung (Blinder Alarm).

(2) Für die im Rahmen von Einsätzen bei Bränden und zur Abwendung von Brandgefahr (§ 6 Abs. 1 Z. 1 und 2 Oö. FWG 2015) nach den Grundsätzen der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit verbrauchten Sondereinsatzmittel und Verbrauchsgüter (zB Schaummittel, Löschpulver, Löschgase, Atemfilter, Atemluft, Bindemittel für Chemikalien, Öl usw.) sind jedenfalls Gebühren zu entrichten (vgl. § 6 Abs. 1 letzter Satz Oö. FWG 2015).

(3) Gebührenfreiheit besteht nicht bei Brandmelder-Fehl- oder Täuschungsalarm. Dafür ist eine Pauschalgebühr gemäß Anlage I, Tarif C, Pos. 13.01 zu entrichten. Bei Mehraufwand ist jedoch eine Gebühr nach Anlage I, Tarif A zu entrichten, die sich entsprechend der alarmplanmäßigen Ausrückung bemisst.

§ 4

Berechnungsgrundsätze

(5) Die Tagessätze gelten für einmalige zusammenhängende Leistungen innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden. Bei

(1) Bei der Beistellung von Geräten und Ausrüstungsgegenständen ohne Bedienungspersonal der Feuerwehr ist für die Berechnung jener Zeitraum maßgebend, in welchem der Benutzer – ohne Rücksicht auf die tatsächliche Benützungsdauer – die beigestellten Gegenstände innehat. Die Berechnung erfolgt nach den in Anlage I, Tarif A enthaltenen Tarifsätzen. Die Beistellung von fahrbaren Schiebleitern, Pressluftatmern, Sauerstoffschutzgeräten sowie von Geräten, die mit Verbrennungsmotoren oder E-Motoren angetrieben werden – darunter fallen auch motorbetriebene Wasserfahrzeuge – darf nur mit Bedienungsmannschaft erfolgen.

(2) Die Gebühr für eine Beistellung von Geräten/Ausrüstungsgegenständen ist mit dem halben Neuwert des beigestellten Gegenstandes nach oben begrenzt, wenn dieser in unbeschädigtem Zustand zurückgestellt wird.

(3) Bei gebührenpflichtigen Einsatzleistungen oder sonstigen Arbeitsleistungen bzw. Beistellungen mit Bedienungspersonal der Feuerwehr sind die Wegzeiten vom Standort der Feuerwehr zum Beistellungsort und zurück in die für die Berechnung maßgebende Zeit einzubeziehen; ebenso Wartezeiten und sonstige Unterbrechungen oder Behinderungen, die durch Verschulden des Gebührenpflichtigen bzw. ihm zurechenbaren Personen entstehen.

(4) Bei Verrechnung nach Stundensatz ist die Gebühr für die erste Stunde jeweils zur Gänze zu entrichten. Bei jeder weiteren angefangenen Stunde ist bei einer Dauer bis zu 30 Minuten die Gebühr für den halben Stundensatz, darüber hinaus für den vollen Stundensatz zu entrichten. Sieht Anlage I, Tarif A neben den Stundensätzen auch eine Verrechnung nach Tagessätzen vor, so sind Einsatzleistungen bzw. Beistellungen bis zu vier Stunden nach den Stundensätzen, ab der angefangenen fünften Stunde jedoch nach dem Tagessatz (siehe Abs. 5) zu entrichten. Einsatzleistungen über den jeweiligen Tagessatz hinaus erfolgt die Berechnung wie ab Beginn der Inanspruchnahme. Löst ein Feuerwehrfahrzeug ein anderes der gleichen

Tarifposition ab, erfolgt die Verrechnung so, als ob das Fahrzeug durchgehend in Betrieb gewesen wäre.

(6) Werden Geräte und Ausrüstungsgegenstände von einem zu verrechnenden Einsatzfahrzeug – maßgebend ist der den Baurichtlinien des ÖBFV (Beschluss der Landes-Feuerwehrleitung) entsprechende Beladepplan, der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gebührenordnung gültig ist – entnommen, hat keine weitere Verrechnung zu erfolgen; ausgenommen davon sind Geräte nach Anlage I, Tarif A, Pos. 2.15 und Verbrauchsmaterial nach Anlage I, Tarif D (zB Bindemittel). Vom Feuerwehrfahrzeug zusätzlich mitgeführte Geräte und Ausrüstungsgegenstände sind jedoch nach Anlage I, Tarif A zu verrechnen.

(7) Werden Einsatzfahrzeuge und Anhänger (Anlage I, Tarif A, Punkt 2) lediglich bereitgestellt, dh diese kommen nicht zum Einsatz, sind 60 Prozent der vorgesehenen Gebühr zu entrichten (Bereitstellungsklausel).

(8) Für den Zu- und Abtransport von beigestellten Geräten bzw. Ausrüstungsgegenständen ist die Gebühr gemäß Anlage I, Tarif A, Punkt 2 zu entrichten, sofern nicht Abs. 6 anzuwenden ist.

(9) Für Bedienungsmannschaften ist die Gebühr gemäß Anlage I, Tarif A, Punkt 1 zu entrichten.

(10) Die Gebühren sind nur für jene Fahrzeuge, Geräte und Mannschaften zu entrichten, die für den Einsatz tatsächlich erforderlich waren.

§ 5

Reinigung und Wiederinstandsetzung

(1) Für die Reinigung und Wiederinstandsetzung von Geräten und Ausrüstungsgegenständen einschließlich Schutzbekleidung nach besonderen Einsätzen, die über das normale Maß hinausgeht (zB bei Einsätzen mit gefährlichen Stoffen, bei Technischen Hilfeleistungen mit besonderer Schmutzbelastung), ist für den Personalaufwand eine Gebühr gemäß Anlage I, Tarif A, Punkt 1, Pos. 1.01 sowie für

aufgewendete Reinigungsmittel nach Tarif D, Pos. 14.01 zu entrichten.

(2) Erweist sich eine Reinigung oder Wiederinstandsetzung als technisch unmöglich oder unwirtschaftlich (Wiederinstandsetzungskosten sind höher als der Wiederbeschaffungswert), ist der Wiederbeschaffungswert zu entrichten.

§ 6

Sonstige Gebühren

Für eine in Anspruch genommene Leistung, die in Anlage I nicht explizit angeführt ist, ist eine Gebühr unter Heranziehung einer vergleichbaren Leistung (insbesondere gleichwertiges Fahrzeug, ähnlicher Ausrüstungsgegenstand) zu entrichten.

§ 7

Entstehen des Abgabenspruchs und Fälligkeit

(1) Der Abgabenspruch entsteht grundsätzlich mit Ablauf des Monats, in dem die Leistung in Anspruch genommen wurde.

(2) Erstreckt sich die Inanspruchnahme der Leistung über mehr als ein Kalendermonat, entsteht der Anspruch erst mit Ablauf des Monats, in dem die Inanspruchnahme der Leistung endete.

(3) Die Vorschreibung erfolgt zunächst mittels formloser Lastschriftanzeige (Zahlungsaufforderung) und erst nach nicht fristgerecht erfolgter Entrichtung mittels Bescheid.

§ 8

Umsatzsteuer

Die nach dieser Gebührenordnung ermittelten Kostensätze unterliegen nicht der Umsatzsteuerpflicht.

§ 9

Inkrafttreten

(1) Diese Gebührenordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Feuerwehr-Gebührenordnung vom 26. Jänner 2010 außer Kraft.

Anlage I Tarif A

Tarif für die Beistellung von Mannschaften, Fahrzeugen, Geräten, Ausrüstungsgegenständen und Fernmeldeeinrichtungen:

1 Mannschaft

Pos.	Gegenstand	EURO
1.01	Einsatz pro Person und Stunde	24,00
1.02	Bei Messe-, Zirkus-, Theater- und sonstigen Veranstaltungen pro Person und Stunde	24,00
1.03	Kommissionsdienst von Mitgliedern der Feuerwehr (zB für feuerpolizeiliche Überprüfungen) pro Person und angefangener Viertelstunde	13,40
1.04	Sachverständigentätigkeit durch Kommandanten bzw. bestellten Vertreter, Beauftragte oder Organe des LFV für zB Bauverhandlungen, Bauplatz-erklärungen und dgl. pro Person und angefangener Viertelstunde	13,40

2 Fahrzeuge und Anhänger

Pos.	Gegenstand	EURO	
		je Std.	Pauschal- gebühr
2.01	Fahrzeuge unter 1,5 t Gesamtgewicht	25,00	125,00
2.02	Fahrzeuge 1,5 t bis 3,5 t Gesamtgewicht	48,00	240,00
2.03	Fahrzeuge über 3,5 t Gesamtgewicht	69,00	345,00
2.04	Tanklöschfahrzeug (TLF), Schweres Löschfahrzeug (SLF)	81,00	405,00
2.05	Rüstlöschfahrzeug (RLF)	104,00	520,00
	Sonderfahrzeuge		
2.06	Drehleiter DL 18, DL 25	121,00	605,00
2.07	Drehleiter DL 30, Teleskopmastbühne, Gelenkbühne	182,00	910,00
2.08	Gefährliche-Stoffe-Fahrzeug (GSF), Wechsellader-GSF mit Wechselladerfahrzeug, Wechsellader-Dekontamination mit Wechselladerfahrzeug, Dekontaminationsanhänger mit LKW	206,00	1.030,00
2.09	Öleinsatzfahrzeug, Wechsellader-Öl mit Wechselladerfahrzeug	94,00	470,00
2.10	Atemschutzfahrzeug, Atemluftfahrzeug, Tauchfahrzeug	174,00	870,00
2.11	Universallöschfahrzeug, Großtanklöschfahrzeug	150,00	750,00
2.12	Heuwehrfahrzeug	48,00	240,00
2.13	Rüstfahrzeug (ohne Kran), LKW mit Kran bis 100 kN	113,00	565,00
2.14	(Schweres) Rüstfahrzeug mit Kran (SRF-K), LKW mit Kran über 100 kN, Wechselladerfahrzeug mit Kran	138,00	690,00
2.15	Kranfahrzeug (KF) mit mehr als 300 kN Hubkraft	230,00	1.150,00
2.16	Ölanhänger bzw. Container, ohne Umfülleinrichtung	48,00	240,00
2.17	Ölanhänger bzw. Container, mit Umfülleinrichtung (wenn eingesetzt)	61,00	305,00
2.18	Anhänger bis 750 kg Nutzlast	13,00	65,00
2.19	Anhänger über 750 kg bis 3.500 kg Nutzlast	39,00	195,00
2.20	LKW-Anhänger über 3.500 kg Nutzlast	57,00	285,00
2.21	Tunnellüfter	61,00	305,00
2.22	Löschunterstützungsfahrzeug (LUF)	89,00	445,00

Anmerkungen:

- zu Pos. 2.01 bis 2.22: Die Berechnung der Besatzung der Fahrzeuge erfolgt gesondert nach den Positionen 1.01 bis 1.04. Hinsichtlich eingesetzter Geräte bzw. Ausrüstungsgegenstände wird auf § 4 Abs. 6 verwiesen. Trägerfahrzeuge mit entsprechendem Container bzw. Sattelauflieger (zB Ölfahrzeug, Gefährliche-Stoffe-Fahrzeug, Atemschutzfahrzeug) werden wie die Sonderfahrzeuge behandelt.
- In diesem Zusammenhang ist auch die Bereitstellungsklausel (§ 4 Abs. 7) zu beachten.
- Hinsichtlich der Reinigung, insbesondere bei den Pos. 2.16 und 2.17, ist § 5 zu beachten.

3 Löschgeräte, Schläuche und Zubehör, Leitern

Pos.	Gegenstand	EURO	
		je Std.	Pauschalgebühr
3.01	Einstellspritze, Kübelspritze, Feuerpatsche, tragbare Feuerlöscher (Lösch- und Treibmittel nach Tarif D)		7,00
3.02	Trockenlöschgerät P 50 (Lösch- und Treibmittel nach Tarif D), Wasserstrahlpumpe	11,00	55,00
3.03	Trockenlöschgerät TroLA 250 (Lösch- und Treibmittel nach Tarif D)	16,00	80,00
3.04	Unterflurhydrantenstandrohr mit Schlüssel; Schaumrohr-Schwerscham, Schaumrohr-Mittelschaum, Schlauchbrücke		22,00
3.05	Fahrbare Schiebleiter (nicht hydraulisch)	25,00	125,00
3.06	Tragbare Schiebleiter, Strickleiter	8,00	40,00
3.07	Bockleiter, Hakenleiter, Steckleiterteil		7,00
3.08	B-, C- und Hochdruck-Schläuche		9,00
3.09	A-Saug- und Druckschläuche		9,00

Anmerkung: Eine Bereitstellung von fahrbaren Schiebleitern ohne Bedienungsmannschaft ist verboten (vgl. § 4 Abs. 1).

4 Geräte mit motorischem Antrieb

Pos.	Gegenstand	EURO	
		je Std.	Pauschalgebühr
4.01	E-Seilwinde; E-Trennschleifer (Trennscheiben nach Tarif D); E-Fasspumpe, E-Säge, E-Bohrhämmer; Entfeuchtungsgeräte	16,00	80,00
4.02	Hochleistungslüfter - Turboventilator; Tauchpumpe unter 1000 l/min; Wassersauger; Motor-Kettensäge; Benzinmotor-Trennschleifer, Ölumfüllpumpe; Leichtschamgerät;	22,00	110,00
4.03	Tauchpumpe von 1000 l/min bis 2000 l/min; Auspumpaggregat und Tragkraftspritze bis 1000 l/min.; Stromerzeuger bis 5 KVA; Kompressor für Steinbohrgerät;	29,00	145,00
4.04	Tauchpumpe über 2000 l/min; Auspumpaggregat und Tragkraftspritze über 1000 l/min; Stromerzeuger über 5 KVA bis 10 KVA;	39,00	195,00
4.05	Stromerzeuger über 10 KVA bis 20 KVA	48,00	240,00
4.06	Stromerzeuger über 20 KVA bis 100 KVA; Auspumpaggregat bzw. Tauchpumpen über 5.000 l	57,00	285,00
4.07	Stromerzeuger über 100 KVA; Auspumpaggregat bzw. Tauchpumpen ab 10.000 l	66,00	330,00
4.08	Hydraulischer Rettungssatz (einschließlich Hydraulikscherer und -spreizer) ohne Stromversorgung	20,00	100,00
4.09	Hochdrucklöschgeräte (zB UHPS)	29,00	145,00

Anmerkungen:

- Eine Bereitstellung von Geräten, die mit Verbrennungsmotoren oder E-Motoren angetrieben werden, ohne Bedienungsmannschaft ist verboten (vgl. § 4 Abs. 1).
- Bei Anwendung der Tagessätze zu diesen Tarifpositionen ist für Geräte mit Antrieb durch Verbrennungsmotoren der verbrauchte Treibstoff gemäß Tarif D gesondert zu verrechnen.

5 Atemschutzgeräte

Pos.	Gegenstand	EURO	
		je Std.	Pauschalgebühr
5.01	Atemmaske (Filter nach Tarif D; Maske ohne Reinigung)		13,00
5.02	Saugschlauchgerät; Druckschlauchgerät ohne Pressluftatmer (Maske hierzu jeweils ohne Reinigung)		24,00
5.03	Pressluftatmer, komplett (ohne Pressluft), Sauerstoffschutzgerät (ohne Sauerstoff und Alkalipatrone); Wiederbelebungsggerät (Ambu, Orospirator uä); Sauerstoffbehandlungsgerät (ohne Sauerstoff)	21,00	105,00
	Füllen einer Pressluftflasche	je Stück	
5.04	0,4 bis 0,6 l 200 bar	2,00	
5.05	1 bis 2 l 200 bar	3,00	
5.06	4 l 200 bar	4,00	
5.07	7 l 200 bar	7,00	
5.08	10 l 200 bar	8,00	
5.09	12 l 200 bar	9,00	
5.10	15 l 200 bar	10,00	
5.11	6 bis 7 l 300 bar	9,00	
5.12	50 l 200 bar	33,00	

Anmerkungen:

- Eine Bereitstellung von Pressluftatmern und Sauerstoffschutzgeräten ohne Bedienungsmannschaft ist verboten (vgl. § 4 Abs. 1).
- Die Berechnung der Mannschaft erfolgt nach Pos. 1.01

6 Werkzeuge u. sonstige Einsatzgeräte

Pos.	Gegenstand	EURO	
		je Std.	Pauschalgebühr
6.01	Abseilgerät (Abseilhose, Rettungsbremse uä)		22,00
6.02	Autogen-Schweiß- und Schneidegerät (ohne Gas)	12,00	60,00
6.03	Feldkochherd (ohne Brennstoff)		33,00
6.04	Flaschenzug, Hanfseilzug, Greifzug komplett	12,00	60,00
6.05	Hanf- und Kunststofftau je 20 m		9,00
6.06	Hebegerät (mechanisch - Handwinde)		11,00
6.07	Hebekissen, Arbeitsdruck über 1 bar (Luft nach Tarif D)	29,00	145,00
6.08	Hebekissen, Arbeitsdruck unter 1 bar (Luft nach Tarif D), Kombinations-Hebekissen NT-Serie	38,00	190,00
6.09	Hitzeschutzschild (Metallfolie)		9,00
6.10	Leinenschießgerät (ohne Treibladung)	10,00	50,00
6.11	Pölzapparat (Graben- und Deckenstütze)		5,00
6.12	Pressluft-, Trenn- und Meißelhammer (ohne Pressluft)	10,00	50,00
6.13	Pressluftbohrer	10,00	50,00
6.14	Krankentrage, Bergetuch		11,00
6.15	Transportroller, Rangierroller		11,00
6.16	Zündmaschine		38,00
6.17	Zelt bis 10 Mann		36,00
6.18	Zelt über 10 Mann		50,00
6.19	Wärmebildkamera	31,00	155,00
6.20	Fernthermometer	13,00	65,00

7 Persönliche Ausrüstung – Schutzbekleidung

Pos.	Gegenstand	EURO	
		je Std.	Pauschal- gebühr
7.01	Hitzeschutzanzug	14,00	70,00
7.02	Hitzeschutzanzug Metallfolie	14,00	70,00
7.03	Hitzeschutzhandschuhe oder Hitzeschutzhaube		13,00
7.04	Hitzeschutzhandschuhe oder Hitzeschutzhaube (Metallfolie)		19,00
7.05	Schutzbekleidung <u>Schutzstufe 1:</u> Brandschutzbekleidung, Einsatzbekleidung	Gebühr nach § 5	
7.06	Schutzbekleidung <u>Schutzstufe 2:</u> Teilschutzbekleidung Leichter Kontaminationsschutz (nicht gasdicht) leichter Hitzeschutz (thermische Strahlung)	29,00	145,00
7.07	Schutzbekleidung <u>Schutzstufe 3:</u> Vollschutzbekleidung Schwerer Kontaminationsschutz (gasdicht) Schwerer Hitzeschutz (Flammen)	76,00	380,00
7.08	Schnittschutzhose, Wathose		22,00

8 Wasserdienst

Pos.	Gegenstand	EURO	
		je Std.	Pauschal- gebühr
8.01	Anker, Ankerseil, Arbeitsleine		5,00
8.02	Arbeitsboot, Kommandoboot	48,00	240,00
8.03	Motorzille	29,00	145,00
8.04	Feuerwehrrettungsboot, Motorboot	46,00	230,00
8.05	Rettungsring, Ruder		5,00
8.06	Schlauchboot (ohne Motor)	11,00	55,00
8.07	Schlauchboot mit Motor	29,00	145,00
8.08	Rettungsweste	6,00	30,00
8.09	Taucherausrüstung komplett (exkl. Tauchgerät, siehe Pos. 8.16)		51,00
8.10	Taucherausrüstung „trocken“ komplett (exkl. Tauchgerät, siehe Pos. 8.16)		84,00
8.11	Zille (Holz) komplett ohne Motor	10,00	50,00
8.12	Zille (Kunststoff, Alu) komplett ohne Motor	11,00	55,00
8.13	Unterwasserkamera ohne Boot	57,00	285,00
8.14	Unterwasserschneidegerät, Sauerstoffschneidegerät	33,00	165,00
8.15	Eisretter (es sei denn Anwendung des § 3 Abs. 1)	11,00	55,00
8.16	Tauchgerät mit Rettungs- und Tarierweste	27,00	135,00

9 Kommunikationseinrichtungen

Pos.	Gegenstand	EURO	
		je Std.	Pauschal- gebühr
9.01	Tauchertelefon	13,00	65,00
9.02	Handfunkgerät	11,00	55,00
9.03	drahtloses Tauchertelefon	19,00	95,00
9.04	Megaphon (ohne Batteriekosten)		13,00

10 Heuwehrgeräte

Pos.	Gegenstand	EURO	
		je Std.	Pauschal- gebühr
10.01	Heumess-Sonde		10,00
10.02	Heuwehrgerät komplett	19,00	95,00
10.03	Heuschneider elektrisch	11,00	55,00

11 Einsatzgeräte für gefährliche Stoffe

Pos.	Gegenstand	EURO	
		je Std.	Pauschal- gebühr
11.01	Auffangbehälter 1000 l	10,00	50,00
11.02	Auffangbehälter 2000 l	19,00	95,00
11.03	Auffangbehälter 3000 l	27,00	135,00
11.04	Auffangbehälter 5000 l	27,00	135,00
11.05	Auffangbehälter Edelstahl 300 l	10,00	50,00
11.06	Edelstahlbehälter rund mit Deckel	28,00	140,00
11.07	Eimer, Edelstahl 10 l		9,00
11.08	Kanister 50 l		9,00
11.09	Kunststoffwanne 50 l	5,00	25,00
11.10	Kunststoffwanne 200 l	9,00	45,00
11.11	Ölfass bis 200 l	5,00	25,00
11.12	Behälter 220 l	9,00	45,00
11.13	Falldruckbehälter 3000 l, im Packsack	27,00	135,00
11.14	Falldruckbehälter 3000 l geschlossen, im Packsack	41,00	205,00
11.15	Auffangrinne Edelstahl 4-teilig	7,00	35,00
11.16	Auffangtrichter Edelstahl 40 x 40	7,00	35,00
11.17	Kastenrinne Edelstahl	7,00	35,00
11.18	Trichter, Edelstahl Durchmesser 250 mm		9,00
11.19	Explosimeter, Gasspürgerät (Prüfröhrchen nach Tarif D)		38,00
11.20	Übrige Messgeräte, Mehrgasmessgeräte	16,00	80,00
11.21	Strahlenmessgerät	16,00	80,00
11.22	B-Druckschlauch 20 m antistatisch		18,00
11.23	C-Druckschlauch 15 m antistatisch		18,00
11.24	PVC Saug- und Druckschlauch DN 50		18,00
11.25	Saug- und Druckschlauch säurefest DN 32		33,00
11.26	Ölsperren (je 10 lfm)		110,00
11.27	Dichtkissensatz	38,00	190,00
11.28	Fasspumpe Flux Ex-geschützt mit Zubehör	27,00	135,00
11.29	Handmembranpumpe Edelstahl	17,00	85,00
11.30	Handumfüllpumpe	14,00	70,00
11.31	Säuretauchpumpe Explosionsschutz	43,00	215,00
11.32	Schlauchquetschpumpe, Explosionsschutz Umfüllpumpe	43,00	215,00
11.33	Öl-Wassersauger samt Zubehör	28,00	140,00
11.34	Öl-Wasser-Trenngerät, Ölabsauggerät	43,00	215,00
11.35	Ölabscheider mobil, Ölskimmer	43,00	215,00

Tarif B

Tarif für pauschalierte Einsatzleistungen

Pos.	Gegenstand	EURO	
		bis 30 min.	Pauschal- gebühr
12.01	Wohnungsöffnung klein (z. B. Tür nur ins Schloss gefallen, Einstieg über gekipptes Fenster möglich ...)		95,00
12.01 a	Wohnungsöffnung groß (z. B. Tür versperrt...)		120,00
12.02	Brandsicherheitswachdienst bei Messe-, Zirkus-, Theater- und sonstigen Veranstaltungen, bis zu max. 3 Stunden, Pauschalgebühr für TLF oder RLF (Mannschaft nach Pos. 1.02)		81,00
12.03	Brandsicherheitswachdienst bei Messe-, Zirkus-, Theater- und sonstigen Veranstaltungen, von 3 bis zu max. 12 Stunden, Pauschalgebühr für TLF oder RLF (Mannschaft nach Pos. 1.02)		190,00
12.04	Nutzwassertransport nur Tanklöschfahrzeug bis 2.000l mit Fahrer, Pauschale je Fahrt		50,00
12.05	Nutzwassertransport nur Tanklöschfahrzeug 2.000l bis 4.000l mit Fahrer, Pauschale je Fahrt		75,00
12.06	Nutzwassertransport nur Tanklöschfahrzeug 4.000l bis 10.000l mit Fahrer, Pauschale je Fahrt		98,00
12.07	Nutzwassertransport nur Tanklöschfahrzeug >10.000l mit Fahrer, Pauschale je Fahrt		110,00
12.08	Aufzugs- oder Liftöffnung (mit Ausnahme der Anwendung des § 3 Abs. 1) bis zu max. 30 Minuten, ansonsten nach Aufwand		150,00
12.09	Entfernung eines Wesen-, Hornissennestes		75,00

Tarif C

Tarif für Brandmeldeanlagen

Pos.	Gegenstand	EURO
13.01	Fehl- und Täuschungsalarm, je Fall bis zu max. 45 Minuten, ansonsten nach Aufwand	348,00

Tarif D

Tarif für Verbrauchsmaterialien

Pos.	Gegenstand	EURO
14.01	Kraftstoffe, Öle, Reinigungsmittel zB Benzin, Gemisch, Dieselmotorkraftstoff, Motoröl, Petroleum	
14.02	Pölmaterial zB Gerüstklammer, Holz jeder Art	
14.03	Atemschutzmaterial zB Alkalipatrone für Sauerstoffschutzgerät, Alkalipatrone für Tauchgerät, Atemfilter, Prüfröhrchen, Fluchthauben	
14.04	Sonstiges Verbrauchsmaterial zB diverse Gase (zB Sauerstoff), Kohlensäure, Löschpulver, Netzmittel, Bindemittel jeder Art, Ölsaugmaterial (Sorbtücher, -watte, -netzsperr), Sägespäne, Torfmüll, Pressluft, Sauerstoff - med. rein, Prüfröhrchen, Schaummittel, Stickstoff, Trennscheiben, Treibladung für Leinenschießgerät, Batterien usw.	

Anmerkung zu Tarif D: Die Berechnung erfolgt zu den Tagespreisen, bezogen auf den Einsatztag.

Tarif E

Leistungen und Beistellungen Dritter

Pos.	Gegenstand	EURO
15.01	Personal	nach konkretem Aufwand unter Berücksichtigung der Grundsätze der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit
15.02	Fahrzeuge / Anhänger	
15.03	Werkzeuge / Ausrüstungsgegenstände	

Anmerkung zu Tarif E: Die Berechnung erfolgt zu den Tagespreisen, bezogen auf den Einsatztag.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Generalsanierung NMS; Gastschulbeiträge für sprengelfremde Schulbesuche – Vereinbarung mit der Gemeinde Alberndorf

134

Vbgm. Affenzeller:

Grundlage für derartige Vereinbarungen ist ein Schreiben des Landes, Abteilung Gemeinden vom 18.7.2005.

Der Finanzierungsanteil Freistadts liegt bei rd. € 2,2 Mio. Durch die Umlegung dieser Kosten anhand der Schülerkopfquote auf die Schüler-Herkunftsgemeinden ist es möglich, einen Teil des Gemeindeanteils zu finanzieren. Die Vorschreibung erfolgt zusätzlich zu den Beiträgen für den laufenden Schulerhaltungsaufwand.

Die ersten Vereinbarungen wurden in der Sitzung des Gemeinderates am 29.6.2015 beschlossen, heute geht es um die letzte von vorerst 21 Gemeindevereinbarungen.

Antrag des Ausschusses I:

Abschluss der Vereinbarung mit der Schüler-Herkunftsgemeinde Alberndorf.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Nachtragsvoranschlag 2016

135

Vbgm. Affenzeller:

erläutert mit Hilfe der Power-Point-Präsentation das Zahlenwerk und informiert über die wesentlichsten Änderungen:

Ordentlicher Haushalt:

- Schulungsbeiträge Parteien – entfällt mit neuem Parteienfinanzierungsgesetz € -14.700
- 3 x Bundespräsidentenwahl, BGM-Wahl € 16.700
- Sonnenhaus neue Gruppe € 10.000,--
- Kein Stimmenfestival € - 10.000,--
- Gemeindebeitrag Tierheim € 11.600
- Rückzahlung Darlehen € - 34.900
- Darlehen Sauna € - 19.800
- Kassenkreditzinsen € - 11.000
- Landesumlage € 8.400
- Zuführung Straßen-Interessenbeiträge € 74.100
- Zuführung Wasser-Interessenbeiträge € 30.000

- Interessentenbeiträge Straßenbau € 74.100
- Parkstrafen € 15.000
- Hallenbad Einnahmen € - 5.000
- Freibad Einnahmen € - 8.300
- Interessentenbeiträge Wasser € 30.000
- Bezugsgebühren Wasser € 18.900
- Entsorgungsgebühren Kanal € 25.800
- Ertragsanteile € 102.500

Außerordentlicher Haushalt:

- Kindergarten Sonnenhaus Container € 18.000
- Neues Fahrzeug Bauhof – Kubota € 15.000
- Straßenbau 2016 € 406.100
- Schlussrechnung Trafo-Verlegung aus 2013 € 20.500
- Baulandsicherungsmittel € 42.200
- Interessentenbeiträge Straßenbau € 74.100
- Überschuss 2016 (Baulandsicherungsmittel) € 237.900
- B 38 Darlehen € - 750.000

Antrag des Ausschusses I:

Zustimmung zum vorliegenden Nachtragsvoranschlag gemäß § 79 Oö. Gemeindeordnung 1990:

<u>Ordentlicher Haushalt:</u>	Einnahmen	Ausgaben	Ergebnis
Voranschlag	16.611.600,--	16.611.600,--	0
Nachtragsvoranschlag	16.880.800,--	16.880.800,--	0

Außerordentlicher Haushalt:

Voranschlag	6.381.900,--	8.371.100,--	-1.989.200,--
Nachtragsvoranschlag	7.131.200,--	9.101.400,--	-1.970.200,--

GR Widmann:

Die WIFF-Fraktion hat den Voranschlag 2016 abgelehnt, wird daher auch den Nachtragsvoranschlag ablehnen. Viele nichtgenutzte Sparpotentiale (z.B. Gemeindezeitung) lassen den effektiven Spielraum auf € 75.000,-- schrumpfen und das bei einem 16 Mio-Budget. Er möchte nicht, dass Freistadt zur Abgangsgemeinde wird. In letzter Zeit wurden viele Darlehensaufnahmen beschlossen (Sauna, B38 etc.), deren tilgungsbedingte Auswirkung auf die Entwicklung der unmittelbar nächsten Zeit ist aktuell allerdings nicht transparent.

Zusatzantrag:

Zusammenfassung der aktuellen und sich in den nächsten Jahren abzeichnenden Darlehensgesamtlage und deren Entwicklung (Tilgungspläne) an alle Fraktionen bis Mitte November.

Nach einer kurzen Unterbrechung auf Antrag von GR Atteneder, in der sich die Fraktions-

obleute mit Vbgm. Paruta-Teufer beraten, wird die Sitzung um 20:45 Uhr fortgesetzt.

Vbgm. Paruta-Teufer:

Abgesehen vom NVA stellt sie sich den Budgetfahrplan so vor, dass jetzt die Zahlen eingearbeitet werden und anschließend ein Entwurf mit den Fraktionen besprochen wird.

Abstimmungen: (Stimmabgaben: Erheben der Hand):

1. über Antrag des Ausschusses I (Nachtragsvoranschlag):

Pro: 33

Contra: 3 (WIFF-Fraktion)

Antrag mehrheitlich angenommen

2. über Zusatzantrag von GR Widmann:

Einstimmiger Beschluss

Aus dem Ausschuss II (Raumplanung, Bauangelegenheiten, Energie)
(Berichterstatter: Stadtrat Klaus Haunschmied)

Bereich Braucommune in Verbindung mit Planungsraum

„Am Pregarten Teich“

a) Flächenwidmungsplan Nr. 6, Änderung Nr. 20 - Einleitung des Raumordnungsverfahrens

b) Neuerstellung Bebauungsplan PT1 „Brauerei“ mit gleichzeitigen Teilaufhebungen von Bebauungsplan 54 Änd. Nr. 3 und Bebauungsplan 32 Änd. Nr. 5

136

StR Haunschmied:

Zur Schaffung von betriebsorganisatorisch notwendigen Erweiterungsmöglichkeiten des Braubetriebs soll eine Teilfläche des derzeitigen „Grünland-Trenngrüns“ als „Bauland-Sondergebiet Brauhaus“ gewidmet werden. Zur Vermeidung etwaiger negativer Auswirkungen werden ergänzend großräumig Schutz- und Pufferzonen festgelegt. Das ursprüngliche „Trenngrün“ wird nicht „nur“ am Brauereigelände, sondern auch westlich anschließend aufgelassen. Entsprechend der benachbarten Nutzungen werden die angrenzenden Flächen als Bauland Wohngebiet aus-

gewiesen – und zur Vermeidung etwaiger Beeinträchtigungen ebenfalls mit einer Schutz- und Pufferzone versehen. Für die Festlegung der konkreten Nutzungs- und Bebauungsmöglichkeiten wird parallel ein Bebauungsplan erarbeitet.

Bebauungsplan:

Im Vergleich zu den bisherigen Festlegungen ergeben sich dabei folgende relevante Änderungen:

Brauereiareal:

- Bebaubare Fläche mit max. Höhe von 6,5m im westlichen Bereich (Kistenlager) mit einer

Schutz- und Pufferzone SP2. Aufgrund der Höhenbeschränkung sowie der verbindlich geregelten lärmschutzorientierten Bauausführung kommt es zu keinen relevanten Beeinträchtigungen der umliegenden Grundstücke.

- Neuausweisung der Bebauungsmöglichkeiten der eigentlichen Brauerei mit einer einheitlichen max. Gesamthöhe von 15 m und kleinräumigen Erweiterungsoptionen primär im nördlichen bzw. nordöstlichen Bereich.
- Ausweisung geringfügiger Erweiterungsoptionen Richtung Süden mit einer zulässigen Gesamthöhe von max. 10 m sowie Ausweisung einer Schutz- und Pufferzone SP3 im Bereich des dzt. PKW-Parkplatzes. Die geplante südliche Erweiterung ist als lediglich kleinräumige Erweiterungsoption zu bewerten. Durch die geplante Höhenbeschränkung sowie insb. durch die Definition der Schutzzone SP3 (Gebäude- und Schutzdächer unzulässig) werden auch die südlich angrenzenden Kleinhausbauten städtebaulich ausreichend berücksichtigt.
- Für das denkmalgeschützte Brauhaus werden die Festlegungen des rechtswirksamen BBP Nr.32 inkl. Änd 4 unverändert übernommen.

Unmittelbar westlich angrenzende Grundstücke Nr. 595, 598/6 und Baufläche 977:

- Beibehaltung des ausgewiesenen Baufensters, im Sinne einer „zeitgemäßen“ kompakten Bauweise aber Erhöhung der zul. Geschoßigkeit von I+D auf II. Ausweisung des gesamten bisherigen Trenngrüns als Bauland entsprechend der geplanten FW Änd 6.20 für eine Bebauungsmöglichkeit ausschließlich mit Nebengebäuden. Die Nutzungsmöglichkeiten der angeführten Grundstücke werden dadurch deutlich aufgewertet. Weder die angrenzende Brauerei, noch sonstige Grundstücke im Umfeld werden relevant beeinträchtigt.

Westlich benachbarte Grundstücke Nr. 593/1 und 593/3:

- Bisher waren 3 kleinere Baufenster mit verpflichtender gekuppelter Bauweise vorgesehen. Neufestlegung mit einem, die beiden Grundstücke umfassenden Baufenster und einer offenen Bauweise. Unverändert max. 2-geschoßige Bebauung. Das neue großzügige Baufenster, sowie die flexiblere offene Bauweise werten die Nutzungsmöglichkeiten der

beiden Grundstücke deutlich auf. Durch die grundlegend geplante Beibehaltung der festgelegten Geschoßigkeit kommt es dennoch zu keinen relevanten Beeinträchtigungen für das Umfeld.

Bestehende Gebäude entlang der St. Peter-Straße. Haus Nr. 5, 7, 9, 11, 13 und 15:

- Keine relevanten Änderungen im Vergleich zu den Festlegungen des bisherigen BBP. Im Wesentlichen Beibehaltung der bisher in diesem Bereich festgelegten Baufenster, Bauweisen und Geschoßigkeiten.

Parkplatz Grundstück Nr. 154/1:

- Das betreffende Grundstück ist im rechtswirksamen Flächenwidmungsplan als Verkehrsfläche-Parkplatz gewidmet. Das im dzt. BBP eingetragene Baufenster wird daher zurückgenommen. Die Fläche ist nicht für eine Bebauung vorgesehen.

Pragerstraße 9 (Mc Donalds) und St. Peter Straße 1 (Postamt):

- Im Wesentlichen Aktualisierung gem. Gebäudebestand sowie – unter Berücksichtigung der besonderen städtebaulichen Situation im Kreuzungsbereich Prager-Straße – St. Peter-Straße – Erhöhung der max. zul. Geschoßanzahl von II auf III sowie geringfügige Ergänzung der festgelegten Baufenster entlang der St. Peter-Straße im rückwertigen Bereich des Objektes Pragerstraße 9. Die geplanten Änderungen ermöglichen eine städtebaulich erwünschte Aufwertung des Kreuzungsgebietes und führen zu keiner relevanten Beeinträchtigung des Umfeldes.

Der geplante BBP PT1 entspricht insb. dem §2 Abs. 1 Zi4. OÖ ROG 1994 (Sicherung und Verbesserung der räumlichen Voraussetzungen für eine leistungsfähige Wirtschaft,...) und kann mit einem öffentlichen Interesse begründet werden. Darüber hinaus werden durch die geplanten Maßnahmen auch keine relevanten Interessen Dritter beeinträchtigt.

Antrag des Ausschusses II:

a) Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Flächenwidmungsplanes wie vorgetragen

gemäß dem Entwurfsplan von DI Max Mandl GZ: fr_16_06_02.

- b) Einleitung des Verfahrens zur Neuerstellung des Bebauungsplanes PT1 „Brauerei“ mit gleichzeitigen Teilaufhebungen von BBP 54 Änderung Nr. 3 und BBP 32 Änderung Nr. 5 wie vorgetragen und gemäß den Entwurfsplänen von DI Max Mandl GZ: fr_16_05_02, GZ: fr_16_07_01 und GZ: fr_16_07_01.

StR Elmecker:

Gutachten hin oder her, die es zum laufenden Individualverfahren des Brauerei-Kistenlagers (konsenslose Planabweichung) gibt, ist die Situation für ihn solange problematisch, solange die Gefahr besteht, dass Rechte Dritter oder auch öffentliche Interessen eingeschränkt werden könnten.

GR Pointner

schlägt vor, die Sitzung kurz zu unterbrechen, um sowohl die im Publikum anwesenden Nachbarn und den ebenso anwesenden Geschäftsführer der Brauerei hören zu können.

Die Sitzung wird nicht unterbrochen.

StR Haunschmied:

Sowohl Städteplaner als auch Ausschuss waren bestrebt, den Themenkomplex mit all seinen Problemen möglichst objektiv zu sehen.

GR Atteneder:

Indem die beabsichtigten Raumordnungsinstrumente nur das eine Ziel haben, das Kistenlager wie errichtet zu legalisieren, stellt sich die Kardinalfrage, ob auszuschließen ist, dass damit Dritte geschädigt werden.

StR Haunschmied:

In der Antwort bezieht er sich auf die Expertise des Ortsplaners DI Mandl.

GR Moser Hermine:

kritisiert, dass es nicht das erste Mal ist, dass falsch Gebautes im Nachhinein legalisiert werden soll

GR Widmann:

Nicht auszuschließen, dass man noch

Lösungen findet, die den wechselseitigen Interessen von Brauerei und Nachbarschaft mehr entgegen kommen, als das jetzt vorliegende Konzept, daher sein Appell, mit allen Betroffenen noch einmal zu reden und zu verhandeln. Konsequenz daraus:

Antrag auf Vertagung

StR Koller:

Bemühungen, einen Konsens zu erzielen, gibt es als Mediation seit wenigstens einem Jahr – ergebnislos. Die Fronten sind verhärtet, es braucht eine Entscheidung.

StR Elmecker:

plädiert für die Vertagung, zumal offensichtlich nicht garantiert ist, dass Dritte nicht geschädigt werden.

Abstimmung über Antrag auf Vertagung:

Pro: 16 (SPÖ-, GRÜNE- und WIFF-Fraktion, Mayr)

Antrag abgelehnt.

Auf die nochmalige Frage von *GR Atteneder*, ob Dritte garantiert nicht geschädigt werden, reagieren *StR Haunschmied* damit, dass es jetzt bloß um die Einleitung des Verfahrens und nicht um die endgültige Beschlussfassung geht und *Vbgm Paruta-Teufer* insofern, als es zu dieser Frage wahrscheinlich keine 100-prozentige Wahrheit geben kann, zumal sich nicht mal Gutachter einig sind.

Vbgm. Affenzeller:

Hat Bedenken und Zweifel. Was ist wirklich richtig? Gottseidank ist heute noch kein Schlusspunkt zu setzen.

Abstimmung über den Antrag des

Ausschusses II:

Pro: 20 (ÖVP-Fraktion, Pointner Thomas, Winkler Dominik, Pum Gerlinde)

Contra: 12 (WIFF-Fraktion, Atteneder, Schönbauer, Mühlbacher, Payrleitner, Cansiz, Birklbauer, Balogh Christine, Elmecker, Mayr)

Enthalten: 4 (Vbgm. Affenzeller, StR Gratzl, Moser Hermine, Schaumberger)

Antrag mehrheitlich angenommen.

**Flächenwidmungsplan Nr. 6, Änderung Nr. 22;
Widmung einer Bauparzelle für Wohnbau im Bereich
der Vierzehnerstraße – Einleitung des Raumordnungsverfahrens** 137

StR Haunschmied:

Chalupar möchte auf seinem Grundstück Nr. 1144/1 ein Wohnhaus errichten. Das Grundstück ist mit Kanal, Wasser und Straße aufgeschlossen. Es entstehen der Gemeinde keinerlei zusätzliche Erschließungskosten. Es werden auch keine relevanten Interessen Dritter beeinträchtigt.

Antrag des Ausschusses II:

Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Flächenwidmungsplanes wie vorgetragen und gemäß dem Entwurfsplan von DI Max Mandl GZ: fr_16_12_01.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
Erheben der Hand)

**Flächenwidmungsplan Nr. 6, Änderung Nr. 23; Widmung
neuer Baulandflächen für Wohnbau „Fortsetzung Sonnhof-
straße“ – Einleitung des Raumordnungsverfahrens** 138

StR Haunschmied:

Thema ist die beabsichtigte Widmung neuer Baulandflächen in der Verlängerung der Sonnhofstraße.

Antrag des Ausschusses II:

Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Flächenwidmungsplanes wie vorgetragen und gemäß dem Entwurfsplan von DI Max Mandl GZ: fr_16_13_01.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
Erheben der Hand)

**Flächenwidmungsplan Nr. 6, Änderung Nr. 24 mit ÖEK
Änderung Nr. 11; Widmung neuer Baulandflächen für
Wohnbau im Bereich Trölsberg an der Hirschbacherstraße
nördlich des Bahnhofs – Einleitung des Raumordnungsverfahrens** 139

StR Haunschmied:

Gegenstand ist die Widmung neuer Baulandflächen für den Wohnbau im Bereich Trölsberg an der Hirschbacher Straße nördlich des Bahnhofs.

Antrag des Ausschusses II:

Einleitung des Verfahrens zur Änderung Nr. 24 des Flächenwidmungsplanes Nr. 6 wie

vorgetragen und gemäß dem Entwurfsplan von DI Max Mandl GZ: fr_16_14_01 und Einleitung des Verfahrens zur Änderung Nr. 11 des ÖEK Nr. 2 gemäß dem Entwurfsplan von DI Max Mandl GZ: fr_16_14_02.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
Erheben der Hand)

Flächenwidmungsplan Nr. 6, Änderung Nr. 25; Widmung einer Fläche im Bereich Kreisverkehr Panholzmühle als Betriebsbaugelände – Einleitung des Raumordnungsverfahrens 140

StR Haunschmied:

Gegenstand ist die Widmung einer Fläche von 5.663 m² im Bereich des Kreisverkehrs Panholzmühle als Betriebsbaugelände. Hier soll ein neuer Stützpunkt des ÖAMTC Oberösterreich entstehen.

Antrag des Ausschusses II:

Einleitung des Raumordnungsverfahrens für die Änderung Nr. 25 wie vorgetragen und gemäß dem Entwurfsplan von DI Max Mandl GZ: fr_16_16_01.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Bebauungsplan LS 2 „Etrichstraße“; Neuerstellung – Einleitung des Raumordnungsverfahrens 141

StR Haunschmied:

Nachdem geplant war, die Bebauungspläne ersatzlos aufzuheben, wurde dies von den Bewohnern der Siedlung nach einer eingehenden Information abgelehnt. Da allerdings im Laufe der Zeit manche Festlegungen der Bebauungspläne nicht mehr der Realität und den heutigen Planungsgrundlagen entsprechen, soll ein neuer Bebauungsplan erlassen werden, der den Bestand im Wesentlichen festschreibt.

Antrag des Ausschusses II:

Einleitung des Raumordnungsverfahrens zur Neuerstellung des BBP LS 2 „Etrichstraße“ wie vorgetragen und gemäß dem Entwurfsplan von DI Max Mandl GZ: fr_16_09_01.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Bebauungsplan Nr. 19; Hubertusstraße, Änderung – Einleitung des Raumordnungsverfahrens (Dringlichkeitsantrag) 142

StR Haunschmied:

Die Antragsteller beabsichtigen ein 2-geschossiges Haus mit Flachdach zu errichten, was mit den geltenden Bestimmungen des Bebauungsplanes aus dem Jahr 1975 nicht vereinbar ist.

Antrag des Ausschusses II:

Einleitung des Raumordnungsverfahrens für die Änderung Nr. 6 wie vorgetragen und gemäß dem Entwurfsplan von DI Max Mandl GZ: fr_16_15_01.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Aus dem Ausschuss III (Umwelt, Abfallwirtschaft, Klimabündnis)
(Berichterstatter: Obfrau-Stellvertreter Ing. Dietmar Weininger, BA)

Abfallwirtschaft; Neukonzeption für die Restmüllentsorgung im ASZ „Projekt Orange“ – Grundsatzbeschluss

143

GR Weininger:

Es ist daran gedacht, die schwarzen Säcke für die Restmüllentsorgung im ASZ abzuschaffen. Es bestünde dann nur mehr die Möglichkeit, den Restmüll mit orangen Säcken mit speziellem Aufdruck abzugeben. Details wie Sackgrößen, Umstellungszeitpunkt, Verkaufspreis, Gratis-Kontingent etc. werden in einem Arbeitskreis bzw. im Ausschuss noch zu erarbeiten sein.

Antrag:

Grundsätzliche Zustimmung zur beschriebenen Systemänderung.

GR Widmann:

Das gesetzliche Holsystem wird ausgehebelt. Fürchtet, dass die Kostenwahrheit nicht ganz erreicht wird. Er schlägt die Einführung einer Bürgerkarte vor, die auch für andere Bereiche verwendet werden könnte. Signalisiert keine Zustimmung, weil im Endeffekt der Bürger draufzahlen wird.

GR Weininger:

Das Hohlsystem wird nicht abgeschafft – das Bringsystem wird um den orangen Sack erweitert. Details müssen natürlich ausgehandelt werden. Ganz wichtig im Sinne des Gerechtigkeits- und Kostenwahrheitsprinzips ist die Unterscheidung zwischen Freistädter und Nichtfreistädter, weil im ASZ im laufenden Betrieb diese Unterscheidung sonst nicht möglich ist und gemessen an den bisherigen Praktiken es hier zu einer Schieflage kommt. Bürgerkarte allein zur Müllabgabe könnte bei rd. 700 Veränderungen im Einwohnerstand pro Jahr ein logistisches Problem darstellen.

StR Gratzl:

Müllvermeidung ist das Ziel. Es geht um Gerechtigkeit – wer gibt ab, wer zahlt?

Abstimmung: (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Pro: 33

3 Enthaltungen (WIFF-Fraktion)

Antrag mehrheitlich angenommen.

Aus dem Ausschuss IV (Soziales, Wohnungen, Senioren, Gesundheit, Integration, Flüchtlingsarbeit)
(Berichterstatterin: Stadträtin Martina Miesenberger)

Richtlinien für die Ausübung des Vorschlagsrechts von Wohnungsvergaben

144

StR Miesenberger:

stellt die Richtlinien kurz vor.
Es handelt sich um ein Punktesystem zur objektiven und sozialen Beurteilung und gliedert sich folgendermaßen:

- derzeitiger Wohnsituation
- Beziehung zu Freistadt
- Wartezeit
- mögliche Zusatzpunkte
- Abzugspunkte

Ansatzweiser Auszug aus den Richtlinien:

Erste Hausstandsgründung / Paare: 5 Punkte
Erste Hausstandsgründung / Single: 3 Punkte
Unverschuldeter Wohnungsverlust: 3 Punkte
Freistädter Bürger (mindestens 5 Jahre Hauptwohnsitz in Freistadt): 15 Punkte
Freistädter Heimkehrer (vorher mindestens 5 Jahre Hauptwohnsitz): 15 Punkte
Arbeitsplatz in Freistadt : 5 Punkte
Warten auf eine Wohnung / pro volle 6 Monate: 1 Punkt

Für etwaige in der Richtlinie nicht enthaltene Kriterien: 1-5 Punkte
bei erstmaliger Ablehnung einer Wohnung durch den Wohnungswerber: - 3 Punkte

Antrag des Ausschusses IV:
Anwenden der Richtlinien w.o. kurz dargestellt.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Jahresbericht über die Aktivitäten der Gesunden Gemeinde (i.S. des Qualitätszertifikats)

145

STR Miesenberger:

stellt die Aktivitäten der Gesunde Gemeinde im Jahr 2016 dar:

15.01.: Kochkurs - Duftendes Brot und Gebäck selber machen
10.02.: Gesunde Gemeinde Folder Frühling/Sommer 2016
04.04.: Übergabe Gesundheitsförderungspreis "Eine Stadt blüht auf"
13.04.: Vortrag: Kurze Bewusstlosigkeit
11.05.: Vortrag: Gicht - Gefahr für Gelenke, Herz und Niere
23.05.: Kochkurs - Regionale Fischköstlichkeiten frisch auf den Tisch
27.05.: Genussmarkt - Backen wie zu Omas Zeiten
07.06.: Vortrag: Der Garten für intelligente Faule
20.06.: Kochkurs: Flotte Party-Snacks
11.-15.7.: Morgengymnastik im Stadtgraben
22.-24.7.: Qi Gong im Stadtgraben

31.08.: Ferienpassaktion: Kinderkochkurs
20.09.: Gesunde Gemeinde Folder Herbst/Winter 2016/2017
23.09.: Genussmarkt - Kochen mit der tollen Knolle
08.10.: Eröffnung des Bewegungsparks Stadtgraben
24.10.: Vortrag: Entdecke die Kraft deiner Gedanken
25.10.: Kochkurs: Raffinierte Getreideküche
10.11.: Vortrag: Stress und Burnout
15.11.: Kochkurs: Wild auf heimisches Wild
29.11.: Vortrag: Die Seelengesundheit stärken

Antrag:
Kenntnisnahme des Jahresberichtes 2016

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Aus dem Ausschuss VI (Schule, Kindergarten)

(Berichterstatteerin: Vizebürgermeisterin Mag. Elisabeth Paruta-Teufer)

Krabbelstube; Abgangsdeckung für 2014 und 2015

146

Vbgm. Paruta-Teufer:

Die Ausgaben für die Krabbelstube lagen für 2014 bei € 164.216,15 und für 2015 bei € 155.503,63.

Antrag des Ausschusses VI:
Abdecken der Abgänge für 2014 und 2015 mit einer Gesamthöhe von € 148.107,11.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Aus dem Ausschuss VII (Straßenbau, Verkehr)
(Berichterstatter: Vizebürgermeister Mag.med.vet. Wolfgang Affenzeller)

Parkgebührenverordnung; Neufassung

147

VbGM. Affenzeller:

Antrag des Ausschusses VII:
betreffend die Einhebung einer
Gemeindeabgabe für das Abstellen
mehrspuriger Kraftfahrzeuge in
Kurzparkzonen.

Aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates der Stadtgemeinde Freistadt vom 18.10.1993, zuletzt geändert am 17.10.2016, wird gemäß §§ 1, Abs. I, 3 Abs. I, 4 Abs. I und 6 Abs.2 des O.ö. Parkgebührengesetzes, LGBl.Nr. 28/1988, in der jeweils geltenden Fassung verordnet:

§ 1 Gebührenpflicht

1. Für das Abstellen von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in als gebührenpflichtig gekennzeichneten Kurzparkzonen (§ 25 StVO 1960, BGB1.Nr. 159, i.d.g.F.), wird für die nach den straßenpolizeilichen Vorschriften zulässige Parkdauer eine Parkgebühr ausgeschrieben. Die gebührenpflichtigen Kurzparkzonen befinden sich innerhalb der durch die nachstehend angeführten Straßen und Plätze umgrenzten und auch in der Anlage A planlich dargestellten Bereiche einschließlich dieser Straßen selbst:

- 1) Auf allen Stellflächen am Hauptplatz, die durch Bodenmarkierungen als Parkplätze gekennzeichnet sind.
- 2) Auf der rechten Seite der Böhmergasse in Richtung Norden, beginnend beim Haus Nr. 2, nach dem verordneten Halteverbot, bis zum nördlichen Eingang des Hauses Nr. 10. Die Böhmergasse wird als Einbahn in Richtung Norden geführt.
- 3) Auf dem Vorplatz, vor dem Haus Böhmergasse Nr. 11, für die dort bestehenden 3 Abstellplätze.

- 4) Auf der linken Seite der Waaggasse in Richtung Norden, beginnend beim Hauseingang des Hauses Nr. 1 bis zur nördlichen Ecke des Hauses Nr. 29.
- 5) Auf der rechten Seite der Waaggasse in Richtung Norden, beginnend vor der Garageneinfahrt des Hauses Nr. 10 bis zum nördlichen Eck des Hauses Nr. 14.
- 6) Auf der linken Seite der Salzgasse in Richtung Norden, beginnend bei der südlichen Ecke des Hauses Nr. 1 bis zur nördlichen Ecke des Hauses Nr. 33. Die Salzgasse wird als Einbahn in Richtung Norden geführt.
- 7) Auf der rechten Seite der Schlossergasse in Richtung Westen, beginnend bei der östlichen Ecke des Hauses Nr. 2, bis zur westlichen Ecke des Hauses Nr. 4. In die Schlossergasse ist das Einfahren von der Salzgasse kommend in Richtung Osten verboten.
- 8) Auf der rechten Seite der Heiligengeistgasse in Richtung Osten, beginnend bei der westlichen Ecke des Hauses Nr. 5, bis zur östlichen Ecke des Hauses Nr. 5. Die Heiligengeistgasse wird als Einbahn in Richtung Osten geführt.
- 9) Auf der rechten Seite der Pfarrgasse in Richtung Osten, beginnend beim Eingang des Hauses Nr. 17 bis zum Eingang des Hauses Nr. 11.
- 10) Auf dem Vorplatz des Hauses Pfarrplatz Nr. 1, für die dort bestehenden drei Abstellflächen.
- 11) Auf dem Vorplatz des Hauses Höllplatz Nr. 2, für die dortigen drei Abstellplätze.

12) Auf der rechten Seite der Eisengasse in Richtung Süden, beginnend beim 2. Auslagenfenster des Hauses Nr. 12 bis ca. 1 Meter vor der südl. Hausgrenze des Hauses Nr. 16. Die Eisengasse wird von der Pfarrgasse weg, in Richtung Süden, als Einbahn geführt.

2. Als Abstellen im Sinne dieser Verordnung gelten das Halten und Parken gemäß § 2 Abs. 1, Z.27 und 28 der StVO 1960 i.d.g.F.

§ 2

Höhe der Parkgebühr

1. Die Höhe der Parkgebühr für 60 Minuten wird mit 50 Cent bzw. für 90 Minuten mit 1 Euro festgesetzt.
2. Die Höhe der Parkgebühr für Kundenparkscheine (Gültigkeit 1 Stunde) wird mit 25 Cent festgelegt.
3. Die Parkgebühr beträgt bei Verwendung von Automatenparkscheinen für eine Stunde 50 Cent. Für über eine Stunde hinausgehende Zeiteinheiten ist die Parkgebühr im Rahmen der jeweils höchstzulässigen Parkdauer zu entrichten. Die Zeiteinheit und die Höhe der Parkgebühr ergeben sich wie folgt:

Tariftabelle für die Parkscheinautomaten:

Minuten	Euro
60	0,50
66	0,60
72	0,70
78	0,80
84	0,90
90	1,00

§ 3

Abgabenschuldner und Auskunftspflicht

1. Zur Entrichtung der Parkgebühr ist der Lenker des jeweiligen mehrspurigen Kraftfahrzeuges verpflichtet.
2. Der Zulassungsbesitzer und jeder, der einer dritten Person die Verwendung eines mehrspurigen Kraftfahrzeuges überlassen hat, ist verpflichtet, darüber auf Verlangen der Behörde Auskunft zu erteilen, sofern dieses Fahrzeug ohne Entrichtung der erforderlichen Parkgebühr gebührenpflichtig abgestellt war. Die

Auskunft ist unverzüglich, im Falle einer schriftlichen Aufforderung binnen 2 Wochen nach Zustellung zu erteilen und muß den Namen und die Anschrift der betreffenden Person enthalten.

§ 4

Abgabenbefreiungen

Die Parkgebühr ist nicht zu entrichten für:

1. Einsatzfahrzeuge und Fahrzeuge im öffentlichen Dienst gemäß §§ 26 und 26a StVO 1960;
2. Fahrzeuge des Straßendienstes und der Müllabfuhr gemäß § 27 StVO 1960;
3. Fahrzeuge, die von Ärzten bei einer Fahrt zur Leistung ärztlicher Hilfe gelenkt werden, sofern sie beim Abstellen mit einer Tafel gemäß § 24 Abs. 5 StVO 1960 gekennzeichnet sind;
4. Fahrzeuge, die von Personen im diplomierten ambulanten Pflegedienst bei einer Fahrt zur Durchführung solcher Pflege gelenkt werden, sofern sie beim Abstellen mit einer Tafel gemäß § 24 Abs. 5a StVO 1960 gekennzeichnet sind;
5. Fahrzeuge, die von dauernd stark gehbehinderten Personen abgestellt werden oder in denen solche Personen gemäß § 29b Abs. 3 StVO 1960 befördert werden, wenn die Fahrzeuge mit dem Ausweis gemäß § 29b Abs. 1 oder 5 StVO 1960 gekennzeichnet sind;
6. Fahrzeuge, die für den Bund, eine andere Gebietskörperschaft oder einen Gemeindeverband zugelassen sind, ausgenommen Personenkraftwagen;
7. Fahrzeuge, die lediglich zum Zweck des Aus- und Einsteigens von Personen oder für die Dauer der Durchführung einer Ladetätigkeit halten;
8. Fahrzeuge, die von Inhabern einer Bewilligung gemäß § 45 Abs.2 oder 4 der StVO 1960 in einer Kurzparkzone, für welche diese Bewilligung gilt, abgestellt werden, wobei im Falle alle des § 45 Abs.2 StVO 1960 der entsprechende Bewilligungsbescheid, ansonsten das zur Kontrolle bestimmte Hilfsmittel hinter der Windschutzscheibe und durch diese gut erkennbar angebracht sein muss;
9. Fahrzeuge der Hauskrankenpflege, der mobilen Altenhilfe, der Heimhilfe von

10. sozialmedizinischen Betreuungsringe und Fahrzeuge, die der Zustellung aus der Aktion Essen auf Rädern dienen. Eine Bestätigung muss hinter der Windschutzscheibe und durch diese gut erkennbar angebracht sein;
11. Fahrzeuge, die von Inhabern einer Bestätigung eines oberösterreichischen Sozialhilfeverbandes bzw. einer Stadt mit eigenem Statut als Sozialhilfeträger während der Dauer der Ausübung ihrer Tätigkeit abgestellt werden. Die Bestätigung muss hinter der Windschutzscheibe und durch diese gut erkennbar angebracht sein;
12. Dienstfahrzeuge der Stadtgemeinde Freistadt.

§ 5 Fälligkeit

Die Parkgebühr ist bei Beginn des Abstellens fällig.

§ 6 Art und Nachweis der Entrichtung der Parkgebühr

1. Die Parkgebühr gilt mit der ordnungsgemäßen Entwertung des Parkscheines als entrichtet. Als Nachweis der Entrichtung dienen die Parkscheine nach Abs.3.
2. Das Höchstausmaß der zu entrichtenden Gebühr im Einzelfall ergibt sich aus der insgesamt erlaubten Parkdauer. Es ist verboten, über die demnach erlaubte Parkdauer hinaus weitere Parkscheine anzubringen, ohne zwischenzeitlich mit dem Kraftfahrzeug weggefahren zu sein.
3. Der Parkschein ist entweder nach dem Muster der Anlage B oder C unverzüglich nach Beginn des Abstellens am mehrspurigen Kraftfahrzeug hinter der Windschutzscheibe und durch diese gut erkennbar anzubringen.
4. Die Entwertung des Parkscheines nach dem Muster der Anlage B hat durch deutlich sichtbares und haltbares Ankreuzen des Beginns der Abstellzeit (Monat, Tag, Stunde und Minute) und Eintragen des Jahres zu erfolgen. Angefangene Viertelstunden können unberücksichtigt

gelassen werden. Die Verwendung von Bleistiften ist unzulässig. Bei Verwenden von mehreren Parkscheinen im Rahmen der höchstzulässigen Parkdauer von eineinhalb Stunden sind auf jedem Parkschein die gleichen, der Ankunftszeit entsprechenden Daten, zu bezeichnen.

5. Die Entrichtung und Entwertung des Parkscheines nach dem Muster der Anlage C hat durch den Einwurf von geeigneten Münzen in den Parkscheinautomaten zu erfolgen.
6. Bereits abgelaufene Parkscheine sind aus dem Sichtraum des Fahrzeuges zu entfernen. Es ist verboten, verwechselbare Attrappen von Parkscheinen zu verwenden.

§ 7 Strafbestimmungen

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, begeht gemäß § 6 O.ö. Parkgebührengesetztes, LGBl.Nr. 28/1988, in der jeweils geltenden Fassung eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde gemäß § 6 O.ö. Parkgebührengesetz, LGB1.Nr. 28/1988, mit einer Geldstrafe bis zu Euro 220,-- zu bestrafen. Unbeschadet dieser Bestimmung sind jedoch vorerst mit Organstrafverfügungen Geldstrafen in Höhe von Euro 20,00 zu verhängen

§ 8 Verwendung der Parkgebühr

Der Nettoertrag der Parkgebühren ist für die Maßnahmen zur Verbesserung und Gestaltung der innerörtlichen Verkehrssituation zu verwenden.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Die Anlagen zur Parkgebührenordnung sind als Beilage wie folgt gestaltet:

A, Lageplan über die gebührenpflichtigen Kurzparkzonen nach § 1 Z. 1,
B, Muster eines Parkscheines und
C, Muster eines Parkscheines von Parkautomaten

GR Reitbauer:

In der Rathausgasse sind einige Parkplätze gratis reserviert – er selbst muss sich seine Parkkarte kaufen.

Zusatzantrag:

Überprüfung der rechtlichen Legitimation der in der Rathausgasse exklusiv zur Verfügung gestellten Parkplätze mit allenfalls adäquat

höherer Vergebühung (höher als die Bewohnerparkkarte) und Zuweisung der Materie an den Ausschuss VII.

Abstimmungen: (Stimmabgaben: Erheben der Hand)

1. über Antrag des Ausschusses VII:

Pro: 33

Contra: 3 (WIFF-Fraktion)

Antrag mehrheitlich angenommen.

2. über Zusatzantrag:

Pro: 33

Contra: 3 (Cansiz, Birklbauer, Payrleitner)

Zusatzantrag mehrheitlich angenommen.

Winterdienst 2016/17; Leistungsvereinbarung mit Maschinenring-Service reg.Gen.m.b.H.

148

Vbgm. Affenzeller:

stellt die Leistungsvereinbarung in ihren Grundzügen kurz dar:

Teilstrecken aus der früheren MAN-Tour lt.

Plan:

Als Jahresgrundpauschale wird ein Betrag von EUR 9.790 vereinbart. In dieser Jahresgrundpauschale sind Haftung, Bereitschaft und 110 Gerätestunden (ohne Arbeitskraft) inkludiert.

Bereich Güterweg-Trölsberg und Siedlung lt.

Plan (Wimberger):

Als Jahresgrundpauschale wird ein Betrag von EUR 1.780 vereinbart. In dieser Jahresgrundpauschale sind Haftung, Bereitschaft und 20 Gerätestunden (ohne Arbeitskraft) inkludiert.

Bereich Zemann/Zaglauer/Samhaber/Kammer/... lt. Plan:

Als Jahresgrundpauschale wird ein Betrag von EUR 2.403 vereinbart. In dieser Jahresgrundpauschale sind Haftung, Bereitschaft und 27 Gerätestunden (ohne Arbeitskraft) inkludiert.

Antrag des Ausschuss VII:

Abschluss der vorliegenden und vorgetragenen Leistungsvereinbarung mit der Maschinenring-Service reg.Gen.m.b.H.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Neubau Bezirksseniorenheim in der Kaspar-Schwarz-Straße; Verkehrskonzept

149

Vbgm. Affenzeller:

Die Umwidmung für den Neubau des Seniorenheimes an der Kaspar-Schwarz-Straße erfolgte mit Gemeinderatsbeschluss vom 16.3.2015 und ist seit 5.5.2015 rechtskräftig. Er stellt für das neue Heim die Verkehrsführung anhand einer planlichen Darstellung vor.

Der Besucher- und Anlieferverkehr soll über die Kaspar-Schwarz-Straße erfolgen, Bedienstete fahren über die Bockaustraße zu und ab. Mit Scharizers und dem Obmann des Schrebergartenvereins sind bezüglich der Errichtung von Parkflächen auf Eigengrund Gespräche zu führen. Die Freihaltung der Kaspar-

Schwarz-Straße von parkenden Autos ist jedenfalls vordringlich in Betracht zu ziehen.

Antrag des Ausschusses VII:

Zustimmung zum Verkehrskonzept bzw. den dargestellten Verkehrsführungen und auch zur Absicht, den Grundeigentümer der Schrebergärten samt Schrebergartenverein zur Errich-

tung von Eigenpark- oder –abstellflächen zu bewegen, denn die Kaspar-Schwarz-Straße wird dafür nicht mehr zur Verfügung stehen können.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Aus dem Ausschuss IX (Kommunale Einrichtungen, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Wirtschaft, Tourismus, Forst, Landwirtschaft, Jagd)
(Berichterstatter: Stadtrat Thomas Koller)

**S 10 Mühlviertler Schnellstraße; Ankündigungstafeln –
Sondernutzungsvertrag mit ASFINAG**

150

StR Koller:

stellt den Sondernutzungsvertrag in seinen Eckpunkten kurz dar:

- Vertragspartner: ASFINAG
- 2 Stk. Ankündigungstafeln „Mittelalterliche Braustadt Freistadt“
- 2 Standorte: 1x Richtungsfahrbahn Nord und 1x Richtungsfahrbahn Süd
- Tafelgröße 4,00 x 2,5 m

- Entgelt pro Tafel und Jahr € 1.200,-- inkl. Ust
- ab 1.1.16 auf unbestimmte Zeit

Antrag des Ausschusses IX:
Abschluss des Sondernutzungsvertrages mit der ASFINAG

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Aus dem Prüfungsausschuss
(Berichterstatter: Obmann GR Reinhard Atteneder)

Bericht über die 5. Sitzung des Prüfungsausschusses vom 15.09.2016 151

GR Atteneder:

berichtet über die 5. Sitzung des Prüfungsausschusses wie folgt:

Die Sitzung wird um 18:30 Uhr durch den Obmann Reinhard Atteneder eröffnet. Das Protokoll der letzten Sitzung liegt auf.

1. Quartalsbericht 3. Quartal 2016:

Die Finanzabteilung des den aktuellen Tagesabschluss vom 15.9.2016 vor.

Tagesbericht v. 15.9.2016	Soll €	Ist €
OH Einnahmen	10.981.665,44	11.223.364,74
OH Ausgaben	10.531.933,44	10.660.248,41
Differenz OH	449.732,00	563.116,33
AOH Einnahmen	3.078.017,67	7.182.748,54
AOH Ausgaben	5.584.061,73	9.710.134,25
Differenz AOH	-2.506.044,06	-2.527.385,71
Durchl.Geb.Einnahmen	3.916.126,52	4.168.032,95
Durchl.Geb.Ausgaben	3.916.126,52	4.134.084,61
Differenz Durchl. Geb.	0,00	33.948,34
Gesamt Einnahmen	17.975.809,63	22.574.146,23
Gesamt Ausgaben	20.032.121,69	24.504.467,27
Gesamt Differenz	-2.056.312,06	-1.930.321,04

Kassenistbestand 15.9.2016 (Zahlungswege)

Bank	Stand aktuell €
Barkasse	249,33
Sparkasse	-1.944.600,83
Volksbank	6.479,36
BAWAG P.S.K.	1.923,37
Raiffeisenbank	4.554,56
Oberbank	932,28
Volkskreditbank	140,89
Gesamtbestand	-1.930.321,04

Die Summe der Zahlungswege stimmt mit Ist-Bestand beim Tagesabschluss überein.

Obmann Reinhard Atteneder erkundigt sich über den aktuellen Stand der Gebarung. Martin Reindl informiert, dass der Nachtragsvoranschlag in Arbeit ist und die Mehrausgaben auch durch Einnahmen abgedeckt werden können.

Der Prüfungsausschuss nimmt die Gebarungsprüfung einstimmig zur Kenntnis.

2. Ausgaben Juli 2016:

Die Finanzabteilung legt eine 19seitige Auflistung der Ausgaben des Monats Juli vor. Aus dieser Auflistungen werden folgende Belege auf ihre Richtigkeit überprüft:

- Beleg 8536 1.031-7281 Institut Retzl, Mediationsgespräche ATIP € 2.568,00
- Beleg 8572 1.381-7570 Verein Mühlviertel kreativ, Projektförderung f. Eröffn. € 300,00
- Beleg 8574 5.842-4200 Weinzinger Johann, 2250 Stileichen f. Affenzeller € 7.447,50

Der Prüfungsausschuss nimmt die Prüfung der 3 Belege einstimmig zur Kenntnis.

3. Kompostieranlage (Verträge Zahlungen):

Die Finanzabteilung legt zu diesem Tagesordnungspunkt folgende Unterlagen vor:

- Vereinbarung vom 3.3.2015 zw. Affenzeller Alois und Stadtgemeinde Freistadt
- Gemeinderatsbeschluss vom 29.6.2015
- Kaufvertrag vom 30.6.2015 Landes-Immobilien GmbH. und Stadtgemeinde Freistadt
- Gemeinderatsbeschluss vom 9.11.2015 über gemeinsames Betriebskonzept
- Gemeinderatsbeschluss vom 1.2.2016
- Kaufvertrag vom 8. bzw. 15.2.2016 Alois Affenzeller – Stadtgemeinde Freistadt

- Nachtrag zum Kaufvertrag v. 8. bzw. 29.2.2016 Landes-Immobilien GmbH. und Stadtgemeinde Freistadt

Zu diesem Thema entstand unter den Prüfungsausschussmitgliedern eine heftige Diskussion.

Zusammenfassend:

Der Prüfungsausschuss stellt fest, dass bei den Verhandlungen zum Verkauf der Kompostierungsanlage die Realisierung des Straßenbauprojektes B 38 – Freistadt West – eine bedeutende Rolle spielte. Aus den vorliegenden Unterlagen kann der Prüfungsausschuss eindeutig erkennen, dass einerseits intensive Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde und Alois Affenzeller geführt wurden und andererseits der Grundverkäufer Alois Affenzeller in einer guten Verhandlungsposition war. Obwohl im Gemeinderat intensiv diskutiert wurde und mehrere Sitzungen in Anspruch genommen wurden, blieb die Frage der Gratis-Abgabe von Kompost offen.

Aufgrund der nunmehrigen Handhabung durch den Betreiber **empfiehlt** der Prüfungsausschuss dem Gemeinderat, den Umweltausschuss zu beauftragen, in geeigneter Form über die neuen Gegebenheiten der Kompostierungsanlage wie Qualität, Preis und Service zu informieren.

Empfehlung einstimmig angenommen.

4. Allfälliges:

Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung am 17.11.2016:

Quartalsprüfung
Belegprüfung
Kompostieranlage – forstwirtschaftliches Schätzgutachten

Ende der Sitzung um 20:48 Uhr.

Die folgende Diskussion, an der sich GR Widmann, GR Eder Ulrich, StR Elmecker, GR Atteneder und Vbgm. Paruta-Teufer beteiligen, dreht sich in erster Linie um das Thema, dass der fertige Kompost jetzt etwas kostet, obwohl ursprünglich immer davon die Rede war, dass sich für den Bürger nichts ändert. Es liegt daran, dass die Gemeinde als Betreiber

keine Gewerbeberechtigung für einen Verkauf hatte und die Qualität im Übrigen sehr zu wünschen übrig ließ. Jetzt sieht die Situation doch ganz anders aus. Die Kompostierungsanlage bietet als Ganzes ein tolles Bild und der Betrieb hat einen Standard, der eine kostenpflichtige Abgabe des Komposts ganz offen-

sichtlich erlaubt. Ist aber Sache und alleinige Verantwortung des Betreibers.

Abstimmung über Kenntnisnahme des Berichtes (§ 91 Oö. GemO) inkl. Empfehlung in Sachen Kompostierungsanlage:
Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe: Erheben der Hand)

Antrag gemäß § 46 Abs. 2 Oö. GemO von Stadtrat Christian Gratzl

„Ein Jugendcafé für Freistadt“ – der Jugend Raum bieten; Zuweisung der Projektinitiative an den Ausschuss V

152

StR Gratzl:

In Freistadt leben 2.236 junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren. Wir tragen für sie dieselbe Verantwortung, wie für die restlichen 5.560 Bürger unserer schönen Stadt. Freistadt bietet bereits sehr viele Möglichkeiten der Freizeitgestaltung.

Andererseits sind wir noch immer eine Bezirksstadt die Jugendlichen wenig Raum bietet, sich in einer attraktiven, freundlichen und vom Kaufzwang ungezwungenen Atmosphäre treffen zu können. Aktuell drängen wir viele Jugendliche aufgrund mangelnder Alternativen auf Kinderspielplätze, Tribüne Versteigerungshalle, Parkanlagen, öffentliches WC, Mc Donald's, Streetwork etc. auszuweichen.

Trotz allen erfolgreichen Schritten der letzten Jahre dürfen wir uns nicht ausruhen – wir müssen für die Anliegen und Bedürfnisse junger Menschen offen und aufnahmebereit sein, selbstkritisch auch liebgezwungene, festgefahrene Pfade verlassen und neue Wege beschreiten.

Die heurige Sommer-Klausur der SozialdemokratInnen von Freistadt wurde mit Schwergewicht unserer Jugend gewidmet und für die Erarbeitung des beiliegenden Konzeptes genutzt. Wir bitten alle Fraktionen, dem nachstehenden Projekt offen gegenüber zu stehen und gemeinsam das Projekt „Jugendcafé“ zu erarbeiten.

Antrag:

Zuweisung des Projektvorschlages „Jugendcafé“ an den Jugendausschuss, um diesen dort weiter zu erarbeiten und zur Umsetzung

vorbereiten zu lassen, um damit so unseren jungen Freistädterinnen und Freistädtern künftig die Möglichkeit zu bieten, in attraktiver, angenehmer und freundlicher Atmosphäre andere Menschen kennenzulernen, miteinander zu reden oder einfach eine gemütliche Zeit mit Freunden zu verbringen.

GR Eder Ulrich:

signalisiert Zustimmung, jedoch hätte man das Projekt – ohne Umweg über den Gemeinderat – gleich auf die Tagesordnung der Ausschusssitzung geben können. Was ihm beim vorgestellten Projekt fehlt, ist die Finanzierung. Diskussionsbedarf besteht auf alle Fälle, da z.B. das Einpendeln von Jugendlichen schwierig zu handhaben ist oder z.B. das Einbinden von Jugendlichen, die zu keinem Verein gehören wollen.

GR Widmann:

Der Antrag ist wohlmeinend, aber sehr allgemein gehalten. Ihm fehlen neben der Finanzierung auch Informationen über Räumlichkeiten, Öffnungszeiten, ev. Schulpartnerschaften etc.

GR Atteneder:

Es wurde bewusst kein fertiges Programm vorgelegt. Die fehlenden Kostenansätze und Ideen gibt es sehr wohl, nur wollte man einer gemeinsamen Projektentwicklung nicht vorgreifen.

GR Balogh Christine:
freut sich über das Projekt. Bitte unbedingt die Jugendlichen selbst (vor allem jene vom Stifterplatz) mit einbinden.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
Erheben der Hand)

Nachwahl im Ausschuss VI und Nachnominierung auf Dienstnehmerseite im Personalbeirat

153

Vbgm. Paruta-Teufer:
ad Ausschuss VI:
Sabrina Brandhuber ist mit 4.7.2016 als Mitglied und Ersatzmitglied des Gemeinderates ausgeschieden. Gleichzeitig hat sie auf die Ersatzmitgliedschaft im Ausschuss VI verzichtet. Es ist eine Nachwahl durchzuführen – ein gültiger Wahlvorschlag liegt auf.

GR Weinzingner:

Antrag:
Die fraktionelle Wahl nicht geheim, sondern offen per Handheben durchzuführen.

Einstimmiger Beschluss (Stimmabgabe:
Erheben der Hand)

Ausschuss VI:
Ersatzmitglied: Eva Maria Schönberger

Ergebnis der Wahl:
Anwesende Wahlberechtigte = gültige Stimmen: 8
Auf die Kandidatin entfallende Stimmen: 8.
Somit ist das Ersatzmitglied einstimmig gewählt.

ad Personalbeirat:
Pichler Josefine hat ihre Funktion im Personalbeirat mit 15.6.2016 zurückgelegt. In der Personalvertretungssitzung am 28.6.2016 wurde das bisherige Ersatzmitglied Hengl Herbert als Mitglied gewählt.
Die Änderung im Personalbeirat wird **zur Kenntnis** genommen.

Allfälliges

Initiative Vbgm Mag. Paruta-Teufer: Fairnessabkommen für die bevorstehende Neuwahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin

Vbgm. Paruta-Teufer:
appelliert an alle, für den bevorstehenden Bürgermeisterwahlkampf ein Fairnessab-

kommen zu installieren und schlägt dafür einige aus ihrer Sicht notwendige Punkte vor.

Freistadt, 14. November 2016

.....
(Vizebürgermeisterin)

.....
(Schriftführer)

Diese Verhandlungsschrift lag vom Tage ihrer Zustellung an die Fraktionen bis zum während der Amtsstunden beim Stadtamt Freistadt und während der 7. Sitzung des Gemeinderates am zur Einsichtnahme auf. Einwendungen gegen den Inhalt dieser Verhandlungsschrift sind nicht eingebracht worden. Das ordnungsgemäße Zustandekommen wird somit bestätigt.

Freistadt,

.....
(für die ÖVP-Fraktion)

.....
(für die SPÖ-Fraktion)

.....
(für die FPÖ-Fraktion)

.....
(für die GRÜNE-Fraktion)

.....
(für die WIFF-Fraktion)

.....